

DOROTHEA KOLLAND

## »Kiez International« in der »Contact Zone«

### *Interkulturelle Konzepte in Berlin-Neukölln*

#### *Berlin – international, national, regional*

Interkulturelle Kulturarbeit, Kulturpolitik, die an irgendeiner Straßenecke Berlins stattfindet, muss immer mit drei verschiedenen Ebenen von Politik und Verwaltung rechnen, die sie beeinflussen: Die Bundeshauptstadt-, die Landes- (bzw. Stadt-) und die Bezirksebene: drei unabhängig und oft auch unabgesprochen voneinander agierende Mächte unterschiedlicher Mächtigkeit. Damit ist nicht die selbstverständliche Gültigkeit von Bundes- oder Landesgesetzen und deren Auswirkungen gemeint, sondern faktisches Handeln oder Nicht-Handeln. Soll Kulturarbeit in einer der Regionen Berlins, wo die Multiethnizität tatsächlich stattfindet, vorgestellt werden, so muss dieses Koordinatensystem zumindest berücksichtigt und kurz in seinen Wirkungsmechanismen dargestellt werden.

Doch noch vor die Bundeshauptstadtebene schiebt sich die »Welt-Ebene«: Die Botschaften vieler Länder dieser Welt, ihre Kulturattachés und ihre immer zahlreicher werdenden Kulturinstitute nehmen einen zunehmend relevanten Platz in dem großen Kulturangebot Berlins ein – sei es als Promoter ihrer Heimatkultur, sei es als Veranstalter, sei es als Vermittler von Künstlern aus oder nach ihren Heimatländern, sei es (dies allerdings am wenigsten) als vorsichtiger Mahner, ob die kulturellen Interessen ihrer in Berlin (bzw. Deutschland) lebenden Bürger auch hinreichend berücksichtigt seien. Hier entwickeln sich interessante Programme und neue Möglichkeiten des Wissens über Weltkulturen, die vor allem dann für die multiethnische Stadtgesellschaft von Bedeutung sind, wenn sie nicht nur in internationalen Hotel- oder Bankfoyers oder bei Botschaftsparties zu rezipieren sind, sondern sich auch dorthin wagen, wo die Multiethnizität tagtäglich stattfindet. Zu selten laden diese Präsentationen zum Dialog ein, doch liegt hier unbe-

dingt ein Quäntchen Zukunft, das von beiden Seiten stark entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig ist.

Die Bundeshauptstadtebene ist in der Stadt vor allem mit dem *Haus der Kulturen*, um die Ecke des *Bundeskanzleramtes* gelegen, greifbar – auf hohem Niveau, gemeinsam finanziert vom *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)* und vom *Auswärtigen Amt (AA)*. Für die neue internationale Berliner Elite der Weltkulturbürger, nicht arm, weitgereist, gebildet, präsentiert es – mit wenigen populären oder pädagogischen Auslegern – Avantgarde und/oder Mode der Weltkulturen und/oder diejenigen, die in das deutsche außenpolitische Kalkül passen. Das Haus hat – nach längeren Verortungsproblemen in der Berliner Kulturlandschaft – eine wichtige Funktion als Orientierungspunkt der Produzenten insbesondere im Bereich der Performativen Künste und der Musik erobert. Zwar blicken viele Berliner Institutionen neidvoll auf den Etat des Hauses, sind aber doch froh darüber, dass der Berliner Haushalt damit nicht mehr belastet ist.

Die Bundesebene ist auch präsent bei den international-interkulturellen Veranstaltungen der Festspiele und bei den vom »Hauptstadtkulturfonds« geförderten Projekten der halb oder ganz freien Szene, für die insbesondere im Tanz- und Musikbereich, aber auch im Theater- und Literaturbereich Internationalität und Interkulturalität fast eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Künstler, die für ein Projekt, ein Stipendium, einen Lebensabschnitt oder ganz nach Berlin kommen (manche lebten auch vorher schon hier oder sind sogar Berliner deutscher Herkunft), bestimmen die schnelle Avantgarde dieser Stadt, die der Avantgarde anderer Metropolen dieser Welt eng verwandt ist, sind es doch oft die gleichen Akteure. Wenn sie sich auf die Stadt einlassen, werden sie Teil der internationalen Stadtgesellschaft; viele von ihnen leben dort, wo bereits viele ihrer Landsleute leben, und sie fühlen sich dort wohl, weil sie international geprägtes Alltagsleben vorfinden. Das Geld aus den Bundestöpfen – aus dem Landestopf kommt so gut wie nichts – ist sehr willkommen, um Produktionen zu realisieren, es ist aber nicht die *conditio sine qua non*, um im gegenwärtigen Berlin zu leben. Die Bruchkante Ost/West, das Nichtfertige, die Chance, ihres- und seinesgleichen zu treffen, der Trendsetter-Ruf sind wichtiger.

Eher lähmend ist die Landesebene im Berlin des neuen Jahrtausends. Seine verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe, Kunst und Kultur zu ermöglichen, kann Berlin nur mit Ach und Krach, aber nicht mit zukunftsverheißendem Blick erfüllen. »Wir schaffen kaum das Eigene, warum soll man sich da um das Fremde kümmern«, scheint die Devise zur Kultur, die nicht die eingeborenen Institutionen betrifft, zu sein. In der *Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur* wurde der Referent für Kulturaustausch und sein Etatansatz abgeschafft, der Arbeitsbereich »Städtepartnerschaft« bei der Senatskanzlei wurde auf zwei Häppchen und eine Fahrkarte reduziert – der Rest ist der Gnade der *Lotto-Stiftung* anheim gestellt. Der Fördertopf für »kulturelle Aktivitäten nichtdeutscher Mitbürger«, 1988 eingerichtet, ist auf ein Viertel der Ausgangssumme eingeschrumpft und wird fast zur Gänze von einem unselig agierenden Erbhof, einer Spielstätte

für türkisches Theater, die seit Jahren nicht lebt, aufgesogen. Förderung insbesondere für Theaterproduktionen, die auf einer nicht-deutschsprachigen Bühnenpräsenz beharren, ist so gut wie unmöglich, da die Jury auch in Zeiten, als noch Geld vorhanden war, ihr Unvermögen der Beurteilung einer fremdsprachigen Performance zum Ausjurierungskriterium machte. Dazu kam eine auf den deutschen Nachwuchs und deutsche Theatertradition konzentrierte Ausbildung an den Hochschulen. So konnte sich in Berlin – trotz wilder Spielfreude insbesondere türkischer, aber auch kurdischer, iranischer, mexikanischer, kroatischer, chilenischer und argentinischer Akteure, um nur die aktivsten zu nennen – kaum eine interessante professionelle »Urban Theatre«-Szene entwickeln, wie sie im europäischen Kontext zumindest in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden anzutreffen ist.<sup>1</sup> Viel zu wenig Gruppen aus nicht-deutschen ethnischen Zusammenhängen hatten die Chance, sich professionell zu entwickeln und sich zu messen mit anderen Produktionen, weil sie nicht zum richtigen Zeitpunkt Förderung, Beachtung und Kritik erfuhren. So hat sich in Berlin die Meinung – und leider auch weitgehend die Realität – eingebürgert, dass nicht-deutsches Theater aus Berlin eher auf gutgemeintem Amateurtheaterlevel stattfindet, die Kunst oder gar die Avantgarde aber anderswo zu suchen sei. Diese wiederum disqualifiziert jedoch Elemente nicht-westeuropäischer Theatersprache – es sei denn, sie kämen aus New York – gemeinhin als Folklore.

Ansonsten gilt bei der Landes-Künstlerförderung selbstverständlich, dass Qualitätskriterien den Ausschlag zu geben haben und nicht die nationale oder kulturelle Herkunft. Die Haushaltslage aber zwingt zu einer Extremauswahl, die Risiken kaum mehr zulässt und nur minimale Förderung ermöglicht. Damit kann sie der aktuellen Kunstlandschaft Berlins nicht im geringsten gerecht werden. Zudem ist bedauerlich, dass es wohl in keinem anderen Kulturministerium eines Bundeslandes einen so eng gefassten Kulturbegriff gibt wie in Berlin, der »Kunst« zum alleinigen Zuständigkeits- und damit Förderkriterium bestimmt. Alles, was der Gemeinwesenarbeit, der Soziokultur, der Kulturpädagogik, der Arbeit mit Amateuren etc. nur im entferntesten verdächtig sein könnte, fällt durch die Roste des Fördergrills. Dies ist kein rot-rotes Phänomen, aber es ist unter Rot-Rot auch nicht geändert worden.

Von diesem Verdikt sind fast alle Projekte betroffen, die Kulturarbeit im multiethnischen Kontext betreiben. Für einige gibt es das Auffangbecken der *Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport* (ebenfalls heftigsten Kürzungen unterworfen!), andere finden eine kleine Unterstützung im Sozialsenat im kleinen Ressort der Ausländerbeauftragten. Die wichtigste Kultureinrichtung Berlins für seine vielen Kulturen, Ergebnis einer langen Migrationsgeschichte, wird denn auch nicht vom Kultursenat, sondern vom Sozialsenat getragen: die *Werkstatt der Kultu-*

<sup>1</sup> Sowohl die Begrifflichkeit »Urban Theatre« als aus den einheimischen multiethnischen Sub- und Kulturen herkommendes und sie als Hauptzielgruppe begreifendes Theater, wenn auch in seiner ästhetischen Prägung noch nicht definiert, als auch Beispiele dieses Theaters waren auf der »European Urban Theatre Conference« im Dezember 2002 in Amsterdam Gegenstand der Debatte.

ren in der Neuköllner Wissmannstraße, in einer wunderschönen alten Brauerei, an der Grenze zu Kreuzberg. Zunächst heftig befeindet von den in Berlin lebenden nicht-deutschen Communities, weil sie fürchteten, das bisschen Förderung, das sie erhielten, würde nun in die Werkstatt – »Aspen-Institut der Mittelmeerländer«, so wollte es der damalige Sozialsenator Fink – fließen. Nach einem arroganten Anfang Ende der achtziger Jahre und einem erzwungenen Leitungs- und Konzeptwechsel erfüllt heute die *Werkstatt der Kulturen* hervorragend ihre Aufgabe als Spielstätte, Beratungs- und Vernetzungsort, Inspirator, Qualifizierungs- und Innovationsherausforderer und Kommunikator für Kulturprojekte der in Berlin lebenden Migranten und gilt als spannender Ort für die, die wissen wollen, welche Themen und ästhetischen Formen die Weltkultur in Berlin wählt.

Das weit über Berlin, ja über Deutschland hinaus bekannte Symbol für die neue Lust an kultureller Vielfalt, der »Karneval der Kulturen«, ist in dieser Neuköllner Ideenfabrik entstanden und wird von hier aus betreut und organisiert und beginnt hier alljährlich zu Pfingsten seine fantasievoll-bunte Schlange durch Berlin zu ziehen – für die Aktivisten durchaus kein Wochenend-Event, sondern Ergebnis monatelanger mühevoller Vorbereitung, für die es keinerlei Unterstützung gibt. Wieweit der »Karneval« tatsächlich zu einem besseren Verständnis der Kulturen beizutragen vermag, sei dahingestellt – unbestreitbar und auch unbestritten ist er Ausdruck dafür, dass es sehr viele Menschen (bei gutem Wetter waren es schon eine Million, bei schlechtem nicht viel weniger) eines riesigen Festes würdig finden, den Reichtum, der dem Zusammenleben vieler Kulturen entspringt, gemeinsam zu feiern.

Ein Trauerspiel ist jedoch der Kampf um die Finanzierung dieses Festes, das keine so mächtige Lobby wie die »Love Parade« hat. Ohne Planungssicherheit Jahr für Jahr hin- und hergeworfen zwischen Lotto und »Hauptstadtkulturfonds«, die sich beide nicht mit neuer institutioneller Förderung belasten wollten und durften, trotz überwältigendem Medien- und Publikumsecho nicht interessant genug für Groß-Sponsoren, droht der Kollaps. Eine Lösung scheint am Horizont auf, sie ist allerdings noch nicht beschlossen und damit druckreif, eine Lösung, die Bund, Land und Bezirke als Produktions- und Austragungsorte zusammenbindet.

Das Fazit für das Land fällt traurig aus. Dabei wird gerade aus der Apostrophierung Berlins als internationale Metropole mit Recht versucht, Zukunft zu schöpfen. Damit sind aber eher Konzerne, Banken und Institutionen gemeint als Menschen. Vielleicht hat das Land Berlin ausländerpolitische Grundsätze; doch Leitlinien für Kulturpolitik (oder eine Debatte darüber), die auf die multiethnische Realität Berlins reagiert, sind nicht bekannt. Dabei geht es – nicht immer, aber auch – um Geld, vor allem im Bildungsbereich. Man hangelt sich von Ast zu Ast und hofft, dass doch immer wieder ein nächster Ast da ist.

Neben der staatlichen Ebene gibt es natürlich viele weitere Akteure in der Berliner interkulturellen Kulturarbeit. Dies sind insbesondere die Kirchen und die laizistischen Wohlfahrtsverbände, die noch aus der Zeit der Gastarbeiterbetreuung heraus Träger vieler lokaler Kommunikationsorte und Betreuungseinrichtungen

sind, die veritable Kulturarbeit machen. Diese Einrichtungen sind auch wichtige Anlaufpunkte für die Berliner nicht-deutscher Herkunft: Sind in der öffentlichen Verwaltung und ihren Einrichtungen die Mitarbeiter nicht-deutscher Herkunft immer noch mit dem Mikroskop zu suchen (und eher im Bau- als im Sozialamt zu finden), so haben die Freien Träger viele Migrantinnen und Migranten zur Betreuung ihrer Landsleute eingestellt.

Aus einem Selbsthilfeverein hat sich das besonders bemerkenswerte *Süd-Ost-Europa-Zentrum* in Kreuzberg entwickelt, das insbesondere während des Balkan-Krieges die Erinnerung eines friedlichen Kulturkonglomerates erhalten wollte und für viele Künstler des Balkans zum wichtigen Anlaufpunkt im Verlaufe des Krieges wurde, konfrontiert mit Strömen zunehmend traumatisierter Flüchtlinge – es wurde zum visionären und zugleich ganz praktischen Strohalm für viele Menschen.

Zu vielfältigen Selbsthilfeorganisationen anderer Art haben sich Migranten – wie auch in anderen Städten – zusammengeschlossen: zu Kulturvereinen, Lobby-Organisationen wie dem *Türkischen Bund* oder der *Türkischen Gemeinde*. Die türkischen Kulturleute haben 2000 mit der Gründung des *Türkischen Kulturrates* den x-ten Versuch einer Selbstorganisation unternommen; andere wieder schlossen sich in eher hermetischen religiösen oder national/ethnischen Zirkeln zusammen.

All diese verschiedenen Ebenen und Akteure bestimmen das Koordinatensystem, in dem multiethnische Kulturarbeit vor Ort stattfindet oder stattfinden soll, da, wo die Menschen leben, wo sich Alltag abspielt, wo sich aber auch Zukunft entscheidet, wo geliebt und gehasst wird. Dieses große Koordinatensystem erhält weitere Dimensionen durch Gesetze und Verfahren, die es gibt oder die es geben soll und die Rechts- und damit Lebensunsicherheiten beenden könnten. Es wird ferner überlagert von unterschiedlichen religiösen und ethischen Wertvorstellungen, die scheinbare Selbstverständlichkeiten der Alltagskommunikation aushebeln und »critical incidents« auslösen, und es wird brüchig durch die soziale Wirklichkeit Berlins, die in den Kitas, Schulen, Sozial- und Arbeitsämtern greifbar wird.

### *Global Village mit 160 Nationalitäten: Neukölln*

Wie agiert Kulturarbeit und Kulturpolitik, die auf die multiethnische Realität reagiert und zugleich eingebunden ist in deren gesamtstädtisches unkoordiniertes Koordinatensystem, nun an der apostrophierten Straßenecke vor Ort? Kulturarbeit, die eine große Chance darin sieht, Engstirnigkeiten, Zwänge, abgestandene Traditionen, Verarmung von Wahrnehmung, drohende Provinzialität zu durchlüften und neue Horizonte ahnbar werden zu lassen?

Auf nach Neukölln.

Der Bezirk Neukölln von Berlin (ca. 312 000 Einwohner) ist einer der Bezirke mit dem höchsten Migranten- und Ausländeranteil Berlins. Die Durchschnittszahl von ca. 26 Prozent ist zudem ein verfälschender Mittelwert, da sich die Populationen in diesem Flächenbezirk stark unterscheiden: Im nördlichen, sehr dicht bebauten Altstadtbereich konzentriert sich eine sozial schwache, von hoher Ar-

beitslosigkeit betroffene, sehr internationale Bevölkerung. (Indiz sind die Grundschulen inklusive Vorklassen – der Durchschnitt liegt in diesem Einzugsbereich bei einem Ausländeranteil von 78 Prozent), der Süden ist wohlhabender und wesentlich weniger international. Eine Ausnahme im Süden stellt die Gropiusstadt dar (ca. 40 000 Einwohner); hier machen Aussiedler aus den ehemaligen GUS-Staaten und Polen eine relevante Größe – etwa 20 Prozent – aus. Die Atmosphäre dieses Bereichs ist international geprägt, allerdings auf der Basis sehr heterogen nebeneinander existierender ethnisch und/oder religiös geprägter Communities, die ihre autonomen Versorgungs-, Religions- und Freizeitnetzwerke haben. Die Abgrenzung voneinander ist um so intensiver, je geringer der Bildungs- und Sozialstandard ist, beginnend mit geringer Sprachkompetenz und oft mündend in Arbeitslosigkeit gerade der Neuköllner nicht-deutscher Herkunft, von denen viele ohne Berufsausbildung bleiben.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen insbesondere im Innenstadtbereich ist hoch. Für viele von ihnen endet die Gemeinsamkeit mit dem Schulschluss; im Freizeitbereich entwickeln sich gerade unter männlichen Jugendlichen Cliquen und Banden, die sich gegenseitig bekriegen. Das Gewaltpotential ist hoch. Die Mädchen sind stark in Kinder- und Haushaltsbetreuung eingebunden. Die geringe Sprachkompetenz perpetuiert sich, weil für viele der hier aufgewachsenen jungen Männer Mädchen aus der Türkei als Ehefrauen geholt werden, die wiederum kein Deutsch können und ihren Kindern auch kein Deutsch beibringen können. Es gibt Grundschulen in Neukölln, die Schwierigkeiten haben, wenigstens drei muttersprachlich deutsche Kinder pro Klasse aufzutreiben, unselbige Wettbewerbe finden statt. Oft ist die Umgangssprache der Schüler den Lehrern unverständlich. Kinder fungieren als Dolmetscher in Eltern-Lehrergesprächen (wenn sie überhaupt stattfinden). Ob das übersetzte Wort dem ursprünglich gesprochenen entspricht, sei bei kreativen Kindern dahingestellt.

Die Neuköllner Bildungseinrichtungen versuchen zu reagieren. Die *Volkshochschule* – seit langem über Berlin hinaus führend in Sachen »Deutsch als Fremdsprache« – führt viele Mütter-Sprachkurse durch (auch diese sind finanziell gefährdet). Ein Neuköllner SPD-Schulpolitiker hat es erreicht, dass berlinweit in allen sozial schwachen Gebieten einige Zusatzstunden gegeben werden können. Ungewöhnlich engagierte Lehrer versuchen mit Phantasie und Experimenten der Situation Herr zu werden. So entstand zum Beispiel die »Regenbogen-Schule«, eine Grundschule, die auf ein komplexes Problembündel von babylonischem Sprachgewirr und sozialer Vernachlässigung (dies eher bei den »Ureinwohnern«) mit einer dezidierten Kunstbetonung reagierte und inzwischen mehrere Preise für innovative Schulmodelle erhielt. Der sicher sinnvolle und notwendige Versuch der Bundesregierung, auf eine derartige Situation mit Ganztagschulen zu reagieren, ist kaum umzusetzen, weil damit ein erhöhter Raumbedarf verbunden ist, die Schulen jedoch in dichtest bebauten Altbauregionen liegen und – anders als in Marzahn oder Hellersdorf – bis auf den letzten Platz belegt sind. Angedachte »Bussing«-Systeme sind sicher keine Lösung.

Das ausführliche Beharren auf dem Bildungsbereich ist kein Zufall, sondern nach vielen Jahren Stadtteilkulturarbeit tiefste Überzeugung: Wenn Deutschland, wenn Berlin, wenn Neukölln nicht diese immense bildungspolitische Herausforderung erkennt und ernsthaft darauf reagiert, verlieren langfristig Versuche und Modelle von Kulturarbeit in einem von Migration geprägten Lebensraum an Perspektive.

Neukölln beheimatet Menschen aus ca. 160 verschiedenen Staaten. Der größte Anteil von Neuköllnern nicht-deutscher Herkunft stammt aus der Türkei; weitere relevante Gruppen sind Araber (darunter viele Palästinenser, deren Erfahrung im Libanon-Krieg und in Lagern zu ausgeprägter Gewaltbereitschaft geführt hat), Afrikaner (die meisten der in Berlin lebenden Afrikaner wohnen in Neukölln), Polen, Russen (wobei viele der Aussiedler von ihrer kulturellen Prägung her in diese Gruppe zu rechnen sind). Andere größere Gruppen kommen aus Südostasien, aus Indien und den traditionellen »Gastarbeiter-Ländern«.

Und die Neuköllner deutscher Herkunft? Auch hier zerfällt der Bezirk in sehr unterschiedliche Regionen. Vom alten klassenbewussten »roten Neukölln« ist vor allem die Armut übrig geblieben, die unser Sozialamt zu einem der größten der Republik machte, und die Arbeitslosigkeit. Das – traditionell auch sehr klassenbewusste – Neuköllner Bürgertum hat sich eher in die Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen des Neuköllner Südens zurückgezogen. Die »Gropiusstadt« und das neue »Frauenviertel« (weil die meisten Straßen nach Frauen benannt sind) ragen eher als Solitäre heraus; die meisten ihrer vielen Migranten haben einen deutschen Pass, sie sind Aussiedler und wehren sich vehement, mit den Türken in einem Problemtopf vereint zu werden.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist bei der deutschen Bevölkerung weniger im internationalen Norden – die Quantität zwingt zur Koexistenz – als im Süden vorhanden. Hier sind auch deutliche Ab- und Ausgrenzungsmechanismen zu registrieren. Insgesamt ist die Atmosphäre in Neukölln jedoch nicht xenophob, sondern realitätszugewandt, rau und offen. Wer es nicht aushält, zieht eher lautlos aus dem multiethnischen Innenstadtbereich weg. Das tun leider viele, insbesondere Familien mit Kindern, für die die Schulsituation schwer erträglich ist, oder denen es in einem international bewohnten Haus zu laut ist. Andere rücken nach – junge Singles mit geringem Einkommen, Studenten, Intellektuelle, Künstler – viele davon selbst mit nicht-deutschem Hintergrund, Menschen, die sich anderswo die Miete nicht leisten können, aber doch nicht in eine der Hochhaus-Vorstädte ziehen wollen. Viele von denen, die wissen, auf was sie sich einlassen, reizen die internationalen Einkaufsmöglichkeiten, das unpräzise Umgehen der Menschen untereinander, die urbane Atmosphäre. Der berühmte Türkenmarkt dienstags und freitags, von vielen Stadtführern nach Kreuzberg verlegt, verleiht dem Neuköllner Maybach-Ufer südliche Farben und Gerüche.

Neukölln ist geprägt durch ein kaum ins Gewicht fallendes Bildungsbürgertum, durch eine lebendige Subkultur, in seiner Mehrheit aber durch Menschen, die es eher nicht gewohnt sind, ihr kulturelles Schicksal in die eigene Hand zu

nehmen, weil sie es nie gelernt haben – und dies betrifft Menschen aller hier lebenden Nationalitäten, die Deutschen wie die aus den anderen 159 Ländern.

Trotzdem hat sich in Neukölln eine stabile, vielfältige Kulturlandschaft entwickelt. Mit relativ wenig Geld und viel Lust auf Experimente wurden Strukturen aufgebaut, die nachhaltig und belastbar sind. Wir hoffen, dass sie auch die Milliardenlöcher des Berliner Haushaltes überstehen. Die Neuköllner Bezirkspolitik jedenfalls hat begriffen, dass die Neuköllner Kultur eines der wenigen Talente ist, mit denen der Bezirk wuchern kann.

Dass die Internationalität auch ein solches Talent sein könnte und in der beginnenden Leitbilddiskussion für diesen Bezirk, dem nach wie vor das Spiegel-Etikett »Bronx« anhaftet, eine durchaus positive Rolle spielen könnte, versuchte eine Werbeagentur der Haupteinkaufsstraße, der Karl-Marx-Straße vorzuschlagen, zu einem Zeitpunkt, als ein deutsches Traditionsgeschäft nach dem anderen türkischen oder russischen Billigläden weichen musste. Der Zeitpunkt war ungünstig, die Idee zumindest diskussionswürdig. Das Entsetzen auf Seiten des Handels, der Politik und der Verwaltung deutete jedoch darauf hin, dass die statistische wie die lebendige Realität auf der Straße noch nicht in allen Köpfen derer angekommen ist, die Strukturen für die Zukunft konstruieren sollen. Ebenso wenig wie in den Wirtschaftsverbänden oder in den Parteien (Ausnahme: die Vorsitzende der Neuköllner PDS ist Kurdin) Menschen nicht-deutscher Herkunft hörbar ihre Stimme erheben (oder dazu eingeladen werden), sind sie im Bezirksparlament oder in der Exekutive spürbar vertreten. Erst im Herbst 2002 wurde in diesem von Migration geprägten Bezirk eine eigene Stelle für eine Migrationsbeauftragte bereitgestellt und besetzt.

Diese Nicht-Wahrnehmung eines wichtigen Aufgabenfeldes durch die bezirkliche Politik führte dazu, dass die Migranten beziehungsweise die für sie arbeitenden Institutionen ihr Schicksal selbst in die Hand nahmen. Doch auch die wenigen staatlichen Stellen, die die Bedeutung der Veränderung Neuköllns zu einem multiethnischen Gemeinwesen ernst nahmen oder von der Realität dazu gezwungen wurden, mussten handeln. Man versuchte, innerhalb seines »Zuständigkeitsbereichs« – sei dies innerhalb des Sozialamtes, innerhalb des Jugendamtes, innerhalb der Schulamtes, innerhalb der *Volkshochschule*, innerhalb der *Musikschule*, innerhalb des Kulturamtes angemessen zu reagieren, übergreifende politische Leitlinien wurden jedoch weder diskutiert noch beschlossen. Abgesehen von der Kontrolle der korrekten Ausführung gesetzlicher Vorgaben wurde der Arbeitsbereich »Migranten« nicht koordiniert, aber auch nicht gebremst. Dies führte zu einer Situation, die einerseits eine gewisse politische Unverbindlichkeit beinhaltet, zum anderen aber Raum lässt für Experimente und schnelles Agieren. Ihre Tragfähigkeit ist bestimmt durch gegenseitiges Vertrauen und Verlässlichkeit.

Seit 1981 vertritt der *Ausländerarbeitskreis der Kreissynode des Kirchenkreises Neukölln* als stabilster Faktor die Belange der Neuköllner Migranten. Koordiniert durch einen Pfarrer arbeiten seitdem 20 bis 30 Organisationen und Institutionen

zusammen, unabhängig von jeglicher Religionszugehörigkeit. Allerdings grenzen sich seit kurzem islamisch geprägte Gruppierungen aus, die fundamentalistischeren Gruppierungen haben sich nie angesprochen gefühlt. Vermutlich hat dieser Arbeitskreis in Neukölln mehr erreicht als jeder Ausländerbeauftragte. Er ist das tragende Kommunikationsnetz, hier werden Probleme diskutiert und Strategien zu ihrer Lösung ausgedacht, hier wird die Lobbyarbeit organisiert, hier werden Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit erdacht. Selbstverständlich ist die *Werkstatt der Kulturen* Mitglied dieses Arbeitskreises, und selbstverständlich ist das Kulturamt engstens eingebunden.

#### *»Kiez International« – multiethnische Kulturpolitik in praxi*

Sichtbares Symbol dieser engen Verzahnung von Migrationspolitik, multiethnischer Gesellschaft und Kultur ist das jährliche Fest »Kiez International«, seit 1982 unverrückbar auf der Festagenda Neuköllns mit vielen Gästen aus dem Rest der Welt.

Entstanden ist das Bündnis aus der Not: Dem Kulturamt wurde in den Anfangsjahren verboten, bei seinem Fest »Kiez International« politische Missfallensäußerungen zur aktuellen Ausländerpolitik von Migrantenorganisationen an deren Informationsständen zuzulassen. Darauf entschied man sich zur Kooperation: Kulturamt und Ausländerarbeitskreis wurden zu gemeinsamen Veranstaltungen, das Kulturamt war für die Kultur, der Ausländerarbeitskreis für den Rest verantwortlich. Die Bezirkspolitik war zufrieden, wir konnten weiterarbeiten.

Aus dem Zweckbündnis entwickelte sich eine immer wieder neu sorgfältig auszubalancierende Partnerschaft, deren sichtbares Ergebnis das Fest war und ist, die aber zu einer Verantwortungspartnerschaft für den gesamten Bereich der Neuköllner Migranten führte. Das Fest ist inzwischen das dienstälteste seiner Art in Berlin; die internationale Szene Neuköllns hält eisern daran fest – nach dem Motto: »Wir haben das ganze Jahr über so viele Existenzkämpfe zu bestehen – lasst uns ein Wochenende gemeinsam feiern.« Finanzielle Nöte brachten das Fest fast zum Erliegen, bis die *Werkstatt der Kulturen* mit ihrem Tanzfest »Bewegte Welten« mit ins Boot beziehungsweise auf den Richardplatz – direkt im Herzen des alten Dorfkerns – kam und seit fünf Jahren die in Berlin aktiven traditionellen Tanzgruppen all der hier aktiven Communities präsentiert: eine Revue von indischem bis mexikanischem, spanischem bis finnischem, russischem bis brasilianischem Tanz. Es gibt keine andere Gelegenheit in Berlin, eine solche »Leistungsschau« der globalen Berliner Tanzszene mitzerleben; und sie gehört zu den wenigen Anlässen, bei denen – als Zuschauer – türkische Frauen Koreanerinnen und Russinnen Rumbatänzerinnen und -tänzern zusehen. Dies kleine internationale Stadtkulturfestival wurde bislang von der Senatsverwaltung gefördert – wir machen uns große Sorgen um seine Zukunft.

Das Tanzfest ist flankiert von einer »Leistungsschau« des Gaumens und der Nase, präsentiert von all den Selbsthilfe- und Migrantenprojekten – in Neukölln sind beheimatet und arbeiten zum Beispiel: der *Arabische Kulturverein*, der Palästi-

»Kiez International«  
in der »Contact  
Zone«

nensische Verein *Al Huleh e. V.*, der *Koreanisch-deutsche Kulturkreis*, der *Goldene Lilien e. V.*, die *Tamilische Gemeinde*, der Tunesische Unterstützungsverein *El Kantara*, das *Afghanische Kultur- und Kommunikationszentrum*, der *Türkische Bund Berlin-Brandenburg*, *Em-Der – Hilfs- und Solidaritätsverein für Rentner, Behinderte und Senioren*, *Marché Noir*, *Al Muntada*, *Kurdistan Kultur- und Hilfsverein*, *Deutsch-Philippinische Freunde*, *To spiti*, *Ugrak*, *Suroyoyo Kulturverein*, *Frauen Netzwerk des Sudan* u. a., die mit dem Essen ihre Infos verbreiten und vor deren Ständen sich zu späterer Stunde selbst kleine Tanzfestivitäten entwickeln – mitten im Herzen des »deutschen Dorfes Rixdorf«, wie Neukölln einst hieß.

Das Fest »Kiez International« symbolisiert die Vertrauenspartnerschaft zwischen Kultur und multiethnischer Gesellschaft in Neukölln, es symbolisiert in gewisser Weise aber auch die kulturpolitischen Grundsätze, die sich für unsere Kulturarbeit in unserem Globalität beherbergenden Bezirk entwickelt haben: Sie sind zugleich Ergebnis von Realität und Praxis wie von Reflexion und politischen Überzeugungen, von Fehlern wie von Erfolgen; sie sind nie fertig, sondern müssen immer reaktionsfähig sein.

Die Reflexion der Erfahrung in der Zusammenarbeit mit vielen ethnischen Gruppierungen und auch die außen- wie innenpolitischen Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für viele Migranten, die schließlich auch die Notwendigkeit haben deutlich werden lassen, Deutschland als Einwanderungsland zu akzeptieren, müssen Konsequenzen zeitigen für Kulturarbeit, die auf gesellschaftliche Notwendigkeiten wie Gegebenheiten antworten will. Der Kern dieser neuen Kulturarbeit: Sie positioniert den Bezirk und seine Kulturarbeit als Teil des »Global village« und begreift ihn andererseits als Heimstatt relativ selbständiger, selbstbewusster, sich möglicherweise zeitweise von einander abschottender nationaler Communities.

Das Konzept »Kiez International« trägt, weil es die beiden sich scheinbar widersprechenden Flügel dieser Kulturarbeit zusammenhält, indem es sich bemüht, die Interessen von Mehrheits- und Minderheitskulturen in ethnischer wie in sozialer Hinsicht zu berücksichtigen.

### *Kultur in Neukölln als Teil der World Wide Culture*

So, wie beim Tanzfestival »Bewegte Welten« Welt-Tanzkultur vorgestellt wird, präsentieren wir in unserem gesamten Veranstaltungsprogramm internationale Kunst und Kultur. So, wie es selbstverständlich ist, im world wide web zu surfen, versuchen wir, uns auch in der Globalität der Kultur und ihrer unendlich vielen Facetten zu bewegen.

Diese Erkenntnis hat Konsequenzen für unsere Kernaufgabe, nämlich ein angemessenes Kulturangebot zu garantieren: Eine Internationalisierung des Kulturangebots ist im Kern nichts anderes als die Akzeptanz von Kultur als *world wide culture* und eine Antwort auf die Migrationsbewegungen, die auch Deutschlands Bevölkerung erheblich verändert haben. In unseren Kommunen leben viele Men-

schen aus der ganzen Welt, die in dieser internationalen Kultur zuhause sind – gut ausgebildete, weltkulturerfahrene Menschen, die sich selbstverständlich in verschiedenen Kulturtraditionen bewegen und am gemeinsamen Weltkulturerbe teilhaben. Sicher unterschätzen wir auch, wie viele Menschen deutscher Herkunft Migrationserfahrung haben oder zumindest zeit- und andeutungsweise – wenigstens im Urlaub – andere Kulturen kennen gelernt haben.

Zum Glück ist die Präsentation von Weltkultur in Berlin-Neukölln auch bei einem mageren Budget möglich: Viele spannende internationale Künstler leben in unserem Bezirk, die ihre Arbeiten gern bei uns vorstellen – chinesische Klangkünstler, japanische Installationskünstler, chilenische Komponisten, indische Tänzerinnen, ägyptische Maler, um nur eine Andeutung zu geben. Es gibt inzwischen das *New Koelln Orchestra*, in dem auf Initiative eines österreichischen Trompeters Musiker aus aller Welt, die in unserem Bezirk leben, in unterschiedlichster Besetzung zu unterschiedlichsten Anlässen zusammen (Jazz-)Musik machen. Es gibt aber auch – und hier profitieren wir von der Bundeshauptstadt – Interesse der Botschaften und Kulturinstitute (manchmal muss das Interesse erst geweckt werden ...), Künstler ihrer Länder auch außerhalb der Hochkultur-Tempel auftreten und ausstellen zu lassen. Diese Ebene ist ausbaufähig.

Präsentation alleine genügt jedoch nicht; es gilt, in einer sozial und bildungsmäßig defizitären Kommune auch die Aufgabe zu lösen, wie Menschen die Chance bekommen können, diese Weltkultur rezipieren zu können. Hier setzen die viel größeren Schwierigkeiten ein, bei denen ethnische Differenzen keine entscheidende Rolle mehr spielen.

Bei »Kiez International« ist das Problem gelöst – das Fest ist allen bekannt. Ein anderes »gelöstes Problem« ist die sommerliche Konzertreihe »Sommer im Park« – jeden Sonntag von Juni bis September, 18.00 Uhr, in einem wunderschönen kleinen Park mitten im Kiez, umsonst & draußen. Dazu laden wir Ensembles ein, die sich alle mehr oder weniger im »Weltmusik«-Spektrum bewegen, von »E-Musik« bis Ethno, von Sinfonieorchester bis Jazz-Ensemble. Wir agieren wider Willen als Preisdrücker, die Ensembles kommen trotzdem, weil sie ein selbst für Berlin einmaliges Publikumsgemisch vorfinden – vom deutschen Punk bis zum türkischen Opa, vom Freundinnen-Gespann bis zur Ausflugsgruppe des Behinderten-Wohnheims, von Studenten bis zur palästinensischen Großfamilie, umsummt von einer Horde Kinder.

Doch an den üblichen Kunstorten – den Galerien, Theatern, Museen – genügt es nicht, internationale Kunst zu präsentieren, auch dann nicht, wenn die Künstler verbunden sind mit relevanten hier lebenden ethnischen Gruppen. Schwellenangst ist kein ethnisches, sondern ein soziales Problem, das in Einzelfällen mit dem jenseits der Schwelle zu erwerbenden Eis oder Bier zu überwinden ist (unsere Galerie ist durch ein kleines Café zu betreten).

Auch wenn Vieles nicht so viele Menschen erreicht wie gewünscht – die Weltkultur vor Ort hinterlässt Spuren. Buddhistische Mönche, japanische Kalligrafinnen, chinesisches Schattentheater, gespielt von »Original-Chinesen«, mexikani-

sches Totenfest, aktuelle Kunst aus aller Herren Länder: Es ist etwas hängen geblieben, es hat Augen, Ohren und Köpfe geöffnet.

### *Kulturarbeit als Contact Zone*

Migration hat Gemeinwesen immer beeinflusst; Gemeinwesenstrukturen sind immer Veränderungen unterworfen, wenn sich Bevölkerungsstrukturen verändern. Berlin ist letztlich ein Ergebnis von Migration, beginnend mit den Hugenotten; später kam der typische Berliner aus Pommern oder Ostpreußen, noch später – in den 1960er Jahren – aus Schwaben oder Sachsen, dann aber verstärkt durch Arbeitsimmigranten aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien, Portugal oder Vietnam und durch internationale Flüchtlingsbewegungen. Zeitlich befristete geplante Aufenthalte wurden für viele Menschen zum Daueraufenthalt: Deutschland wurde zum Einwanderungsland, ohne sich dieser Tatsache bewusst zu werden. Dieser Prozess vollzog sich natürlich auch in Neukölln, beginnend mit den böhmischen Exulanten, die sich auf Einladung Friedrich Wilhelms I. im Zuge von dessen Peuplierungspolitik ab 1737 als Glaubensfreiheit und Arbeit suchend in Rixdorf (später Neukölln) niederließen. Ende des 19. Jahrhunderts explodierte Rixdorfs Bevölkerung durch Arbeitsmigranten vor allem aus dem Osten, und nach 1960 wurde Neukölln zu einem begehrten Wohngebiet der neuen Migranten, aufgrund seiner Größe jedoch nicht ganz so deutlich zum »Türkenghetto« tendierend wie das viel kleinere Kreuzberg.

Mit dieser neuen, große ethnische Gruppen umfassenden Migration sind quer zur sozialen Segmentierung des Gemeinwesens neue ethnisch definierte Strukturen getreten, die »ethnischen Communities«. In den vergangenen Jahrzehnten von den Multi-Kulti-Enthusiasten und Schmelztiegeloptimisten – zu denen sich die Verfasserin durchaus rechnet – als temporäres, erzwungenes, aber vorübergehendes Problem gewertet, haben wir begonnen, eine andere Haltung zu dieser Entwicklung einzunehmen und sie als Struktur wahrzunehmen.

Diese »ethnischen Communities« sind durchaus nicht einfach zu reduzieren auf Zwangszusammenballungen als Ergebnis von Ausgrenzung; nur in Ausnahmefällen könnten sie als »Ghetto« bezeichnet werden. Sie sind vielmehr Rückzugsgebiete sozialer und manchmal auch stadtregionaler Art, in denen Menschen Zuflucht suchen, die in ihrer Identität verunsichert oder entwurzelt sind. Einige sind mangels materieller und bildungsmäßiger Voraussetzung nicht in der Lage, sich in verschiedenen Kulturen zu bewegen. Andere, weitgehend assimilierte Immigranten (bzw. deren Kinder) reagieren mit dem – partiellen – Rückzug in die »ethnische Community« auf Erfahrungen der Ausgrenzung und Xenophobie. Für viele Immigranten kommt hinzu, dass sie nur aus materieller Not oder aus Gründen politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und sich zwangsweise mit Fremde konfrontiert sehen – Fremde, die sie Sicherheit bei ihren Landsleuten suchen lässt. Diese Sehnsucht nach Sicherheit führt zu – partieller oder temporärer – Abgrenzung.

Das Bedürfnis nach Identitätssuche und Absicherung in der eigenen ethnischen Community ist nicht begrenzt auf eine bestimmte soziale Schicht; auch bei weitgehend integrierten, oft sogar durch neue familiäre Bindungen hier beheimateten Menschen gibt es immer wieder den Wunsch und das Bedürfnis nach Vertrautheit in der Heimatkultur, nach vertrauter Sprache, vertrauten Gewohnheiten, vertrauten Riten, oft auch den Wunsch, die eigene Heimatkultur, Sprache und Religion an die eigenen Kinder weiterzugeben (das Phänomen der koreanischen Krankenschwestern ist hierfür typisch).

Wenn Abschottung zur Ausgrenzung wird, wenn der Rückzug Antwort auf Xenophobie ist und wenn diese Ausgrenzung zur Ghettobildung führt, in dem sich soziale Probleme aller Art zu Gewaltpotential ballen, so muss der Staat, so muss die Kommune Gegenstrategien entwickeln. Das Bedürfnis nach Abgrenzung jedoch, nach Versicherung der jeweils eigenen kulturellen Identität im Rahmen der Community, deren Begrenzung durch nationale, kulturelle oder religiöse Pfosten markiert sein können, muss in seiner Notwendigkeit für die Immigranten erkannt, akzeptiert und ausgehalten werden, bedeutet es in seiner Konsequenz möglicherweise Ausgrenzung des »Gastgebers«: Für einen bestimmten Raum realer oder verfasster Art müssen andere Regeln akzeptiert werden. Dort sind die »Einheimischen« fremd, auf ihrem eigenen Terrain.

Die ethnischen Communities gruppieren sich um Vereine, Kulturhäuser, Religionsstätten, Ladengruppen. Die meisten von ihnen werden in der (deutschen) Öffentlichkeit kaum bemerkt. Viele dieser Communities sind durch kulturelle Aktivitäten definiert, durch Tanz- und Musikgruppen, durch Folkloreaktivitäten, durch Kulturfeste, durch Bildungsarbeit (Vermittlung der Muttersprache), durch gemeinsame politische oder religiöse Überzeugungen. In diesen Vereinen sind oft Menschen organisiert, die sich sehr genau ihrer Doppelprägung bewusst sind, sich als Teil ihrer Heimatkultur und als Deutsche fühlen, oft auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen haben. Ihre Themen sind durchaus auch die unseren, die Perspektive ist anders. So führte der *Arabische Kulturverein*, in dem viele Künstler und Intellektuelle organisiert sind, im Neuköllner Kiez einen vereinsinternen Workshop zum Thema »Wohin mit der kulturellen Identität?« durch, in dem um »integrationsfähige Identität« und/oder »identitätsbewahrende Integration« gerungen wurde. Den nächsten Workshop wollen wir zusammen durchführen.

Dieses Bedürfnis nach Nähe zu Menschen gleicher kulturell-ethnischer Herkunft ist eine Antwort auf den Verlust von Heimat, von lokaler Verwurzelung, auf die Angst des Verlustes der eigenen Identität, auf Verletzungen durch die nicht immer sehr freundlichen Gastgeber, es ist aber auch ein sehr positiver Ausdruck der Verbundenheit mit eigenen kulturellen Traditionen und dem Bewusstsein der eigenen Wurzeln in familiären und ethnischen Traditionen. Dieses Bedürfnis muss somit keineswegs begründet sein in mangelnder Integrationsbereitschaft und -fähigkeit oder gar Feindschaft dem Einwanderungsland gegenüber.

Wir hätten all dies schon lange lernen können von unserem »Böhmischen Dorf«, in dem heute noch die Erinnerung an die Heimat der Vorfahren präsent ist und gepflegt wird – präsent in den Namen sowohl auf Türklingeln wie auf Grabsteinen des wunderschönen alten »Gottesackers«, präsent in dem Bemühen, bereits vor 1989 eine Partnerschaft mit dem Herkunftsort aufzubauen. Unsere »Böhmen« sind natürlich voll integriert, sie sind sogar ein gewichtiger kommunalpolitischer Machtfaktor in Sachen Denkmalschutz, sie pflegen aber nach wie vor die Vergewisserung der eigenen – besonderen – Identität in kultureller und religiöser Hinsicht.

Dies Beispiel kann uns immer wieder Geduld lehren, was die Dauer und die Qualität von Integrationsprozessen anbelangt. Es lehrt uns aber auch, dass die Rückversicherung und Vergewisserung in der eigenen Minderheiten-Community, die die anderen zeitweise ausgrenzt, dem verantwortlichen Engagement in der und für die »neue Heimat« keinerlei Abbruch tut.

Was erwähnt werden muss: Die Böhmen erhielten 1737 sofort volle Bürgerrechte (sogar einige Privilegien), sie mussten nicht fürchten, nach Belieben wieder weggeschickt zu werden. Sie waren Einwanderer.

Die sich erst seit wenigen Jahren deutlich spürbare, stärkere Positionierung der »Ausländer« in Communities beziehungsweise Verbänden und Vereinen spiegelt ihre rechtliche Lage wider beziehungsweise den durch ein neues Einwanderungsgesetz dringend zu stabilisierenden Zustand. Die Sprecher der Communities sind meist deutsche Staatsbürger, die jedoch größten Wert auf ihre nicht-deutsche kulturelle Prägung legen und deren Achtung erwarten.

Diese Akzeptanz partieller und/oder temporärer Abgrenzung (die möglicherweise auch von den Bewohnern des Gastlandes eingefordert wird) ist die andere, für manche neue, auf jeden Fall gewichtiger gewordene Seite der Medaille »kommunale Kulturarbeit in der multiethnischen Gesellschaft«. Sie ist für unsere kulturpolitischen Leitgedanken in Neukölln von grundlegender Bedeutung, denn wir haben es mit vielen dieser Communities zu tun. Es ist letztlich die – zumindest temporäre – Akzeptanz gleicher Augenhöhe.

Die Berücksichtigung in dem Modellprojekt-Bündel »Entimon« des *Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Senioren* mit unserem Konzept »Kulturnationen Neukölln« bot uns die Chance, mit ein wenig Geld und ein wenig personeller Verstärkung die Communities besser kennen zu lernen und sinnvolle Begegnungsanlässe anzubieten. So erfanden wir die »längste Kaffeetafel der Welt«, an die Neuköllner Communities sich und die Gropiusstädter – als »blind date« – zu jeweils landesüblichem Kaffeeklatsch an landesüblicher Kaffeetisch-Ästhetik einladen konnten; wir veranstalten das »Internationale Spielefest«, bei dem viele Communities und Vereine sich gegenseitig ihre beliebtesten (Brett-)Spiele vorstellen und zusammen spielen. Ein Ergebnis: Die »Internationale Caromm-Meisterschaft« (ein indisches Spiel) findet nun in Neukölln statt.

Die Griechen laden die Polen ein, die Russen die Italiener, die türkischen Senioren die Inder: Man lernt sich kennen, Menschen sprechen miteinander. Oft, aber nicht immer sind Deutsche deutscher Herkunft dabei.

Hinter all diesen Anlässen steht der Versuch, Kulturarbeit als Kommunikator, Mediator, Mauerspecht zu nutzen, in dem Sinne von Tomas Ybarra-Frausto, *Rockefeller Foundation New York*, als »transcultural contact zone«<sup>2</sup> zu konzipieren und anzubieten. Kulturarbeit, Kulturprojekte bieten die Bühne, auf der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, auf der sich multiethnische Communities präsentieren, anbieten, um Partner werben können – nicht in der Erwartung, dass da gleich eine glückliche Ehe und viele Kinderchen entstehen, sondern in der Hoffnung, dass unterschiedliche Menschen unterschiedlicher Kulturen sich begegnen. Die Bühne allerdings sollte nicht selbst die Botschaft sein, sondern die auf ihr Agierenden, und sie wird durch diese unterschiedliche Prägungen annehmen.

Formelhaft lassen sich die Grundlinien von Kulturarbeit im multiethnischen Neukölln folgendermaßen umreißen:

- Konzeption des lokalen Kulturangebots als Weltkultur – unter Berücksichtigung sozialer und ethnischer Besonderheiten;
- Verständnis der lokalen Kulturarbeit als »Kontaktzone« von Gleichberechtigten unterschiedlicher ethnischer Prägung.

Dazu treten Selbstverständlichkeiten, dennoch nicht unwichtig: So ist von Anfang an ein Vertreter nicht-deutscher Neuköllner Kulturprojekte Mitglied in unserem Kulturbeirat, der über Projektgelder entscheidet; in den dem Kulturamt zugehörigen Einrichtungen gibt es keine besonderen »Ausländerprogramme«, sie sind selbstverständlich in die Programme integriert. Wenn das Heimatmuseum Ausstellungen zum Beispiel über Neuköllner Gewerbe und Wirtschaft oder – wie jüngst – über Liebe in Neukölln macht, so sind selbstverständlich auch Menschen nicht-deutscher Herkunft Gegenstand des Interesses.

Dennoch wissen wir, dass wir viele Neuköllner – und unter diesen vielen sind besonders viele nicht-deutscher Herkunft – nicht erreichen mit unseren Angeboten. Vor allem mit den fundamentalistischen Moslems, die zu einigen der 23 Moscheen Neuköllns – neben der großen, bekannten Moschee am Türkischen Friedhof gibt es viele uns unzugängliche Moscheen in Höfen und auf altem Industriegelände – pilgern, und vor allem mit ihren Frauen haben wir keinen Kontakt. Daran wird sich auch nichts ändern, wenn ihre Bereitschaft nicht wächst, sich deutscher Realität gegenüber zu öffnen. Ich hoffe, das wird sich im Laufe der nächsten Generationen ändern, denn multiethnische Gesellschaft muss Kommunikation und Bereitschaft zu Veränderung beinhalten. Als bei dem jüngsten »Neuköllner Grundschul-Theater-Festival« eine kleine Zirkus-Revue einer Schule, die nicht mehr die gewünschten drei deutschen Schüler pro Klasse findet, vorgestellt wurde, balancierte strahlend und stolz ein kleines, vielleicht zehnjähriges Mädchen

2 Vortrag von Tomas Ybarra-Frausto bei dem »7. Forum Globale Fragen« zum »Dialog der Kulturen« im *Auswärtigen Amt* am 16. Mai 2002.

DOROTHEA  
KOLLAND

auf einer großen Trommel, angetan in einen hellblauen Gymnastik-Anzug, den Kopf sorgfältig bedeckt mit einem Kopftuch. Die Lehrerin hatte mir von langen Kämpfen mit dem Vater erzählt, das Mädchen, das doch so gerne wollte, mitmachen zu lassen in der *Zirkus-AG*. In zwei Jahren sei das vorbei für die Kleine, meinte sie, viele ähnliche Erfahrungen erinnernd: Einer Frau könne so viel Leichtfertigkeit nicht erlaubt werden. Ich werde die Augen des Mädchens unter dem Kopftuch nicht vergessen – da leuchtete Lust auf Zukunft. Irgendwann wird sie sich diese Zukunft nicht mehr wegnehmen lassen.

THOMAS FLIERL

## *Interkultur als Aufgabe der Kulturpolitik*

Kunst und Kultur – und damit auch der Kulturpolitik – wird in der Diskussion um die Lösung der Probleme von Migration und Integration häufig eine besondere Rolle zugewiesen, die auf der Annahme basiert, dass Kultur grundsätzlich geeignet ist, Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen zu schlagen, Verbindungen zwischen unterschiedlichen Welten herzustellen und damit befriedend zu wirken. Dieser hohe Anspruch kann nur selten eingelöst werden, denn es liegen ihm zwei fundamentale Missverständnisse zu Grunde:

*Erstens: Kultur löst keine Probleme.*

Die Konfliktfelder in einer multikulturellen Gesellschaft haben vielschichtige Ursachen, die mit künstlerischen Mitteln zwar thematisiert, nicht aber beseitigt werden können. Kulturarbeit kann weder bei jugendlichen Migranten religiösen Dogmatismus oder gar Fanatismus, noch bei deutschen Jugendlichen Rechtsradikalismus aufbrechen oder auflösen. Als Integrationsfaktor spricht Kultur eher die sinnlich-mentale Ebene und die intellektuelle Wahrnehmung an, verfügt aber nicht über die Instrumente zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme. Kultur ist in der multikulturellen Gesellschaft komplementär zu anderen Politikfeldern, und sie kann nur dann ihre Wirksamkeit entfalten, wenn sie als Teil einer gesamten Integrationsstrategie gesehen wird.

*Zweitens: Kunst ist international, aber nicht automatisch interkulturell.*

Aus der Tatsache, dass zeitgenössische Kunst fast immer international ist, wird gerne die Schlussfolgerung gezogen, dass deren Vermittlung und Rezeption selbstverständlich interkulturell und damit auch integrativ wirkt. Mit dieser Vermischung der Begriffe »international«, »interkulturell« und auch »integrativ« werden Ansprüche an die Kunst gestellt, die sie nicht einlösen kann. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, die Unterschiede zu definieren und zu benennen und die Wech-

selbeziehung zwischen »Internationalität von Kunst« und »interkultureller Wirkung der Kunst« zu fördern.

Das Berliner Modell einer interkulturellen Förderung hat von Anfang an zwei Komponenten vereinigt, die aus meiner Sicht unabdingbar zusammen gehören: einerseits die Förderung der kulturellen Identität und andererseits die Förderung des interkulturellen Dialogs. Es ist notwendig, die ethnischen Minderheiten in ihrer eigenen Kulturarbeit zu unterstützen und damit die Verortung der Minderheiten in der Berliner Kulturlandschaft zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite müssen Strukturen geschaffen und Angebote ermöglicht werden, die den interkulturellen Austausch und die interkulturelle Begegnung fördern. Dazu gehört in Berlin zum Beispiel die Unterstützung des türkischen Theaters *Tiyatrom* oder des *Russischen Kammertheaters* in der *Kulturbrauerei*, aber auch des internationalen Theaterfestivals »Dialog«, das in diesem Jahr zum achten Mal und mit zunehmendem Erfolg im *Ballhaus Naunynstraße* durchgeführt wurde. Dazu gehört natürlich auch das weitverzweigte Netz der Städtepartnerschaften Berlins und die Zusammenarbeit mit der wachsenden Zahl der hier ansässigen Kulturinstitute anderer Staaten.

All dies sind Beispiele konkreter Handlungsfelder, die nicht von sich aus oder jedes für sich interkulturelle Wirkung entfalten, sondern in ihrer Summe ein Klima schaffen können, in dem eine Verortung ethnischer Minderheiten in unserer Gesellschaft möglich erscheint und der Tendenz zur allgemeinen Globalisierung ihre Grenzen aufgezeigt werden. Die Bewahrung der kulturellen Vielfalt ist ein wichtiges kulturpolitisches Ziel, das in einer multikulturellen Gesellschaft nur über den Weg der interkulturellen Kulturarbeit zu erreichen ist. Integration statt Ausgrenzung, Pflege und Bewahrung vieler Identitäten statt Gleichmacherei sind wesentliche Parameter einer solchen Kulturarbeit. Berlin ist hier – auch im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen – durchaus auf einem guten Kurs, den ich trotz finanzieller Zwänge in den nächsten Jahren beibehalten werde.

INKA MANTHEY

## *Interkultur als Aufgabe Hamburger Kulturpolitik*

Hamburg ist stolz auf seine Weltoffenheit – und schon immer verbindet man sie mit der Hansestadt. Aber Weltoffenheit ist keine Stufe, die man einmal erklommen hat, sondern eine Einstellung, die man ständig am Leben erhalten muss.

Aber was macht eigentlich die Weltoffenheit dieser Stadt aus?

Natürlich ist das der Handel mit aller Welt. Natürlich sind das die konsularischen Corps und die vielen Messen und Kongresse, unsere Städtepartnerschaften und sogar die Olympia-Bewerbung. Vor allem aber – und das ist das Entscheidende – zeigt sich die wirkliche Weltoffenheit in der gelebten, kulturellen Vielfalt unseres Alltags.

Stephan der Heilige, der erste König der Ungarn, hat um das Jahr 1000 gesagt: »Ein Land mit nur einer Sprache und einer Sitte ist schwach und gebrechlich. Darum ehre die Fremden und hole sie ins Land.« Das ist eine Anschauung, von der es in der Geschichte viele Beispiele und viel Bestätigung gibt.

In Hamburg leben über 260 000 Ausländer, das sind 15,1 Prozent der Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es viele Migranten, die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.

Aus dieser Szene heraus haben sich über 200 Kulturinitiativen in Hamburg entwickelt, die unser Leben mit ihren Festen, ihrer Küche und ihren Künsten bereichern. Sie geben allen Hamburgern die Möglichkeit, in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft andere Kulturen kennen zu lernen und Gespräche mit Menschen aus aller Welt zu führen. Eine Szene, die Hamburgs Stadtbild, seine Gesellschaft und unser Leben sehr geprägt hat und über Jahrhunderte zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Die Auseinandersetzung und Konfrontation mit fremden Kulturen haben aber auch Abgrenzungsmechanismen in Bewegung gesetzt. Auf der einen Seite entstehen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz – auf der anderen Seite zieht man sich in rückwärtsgewandte Traditionspflege und Fundamentalismus zu-

rück. Beides blockiert die Integration von Migranten und bremst die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft.

Es stellt sich also die Frage, was eine Kulturpolitik leisten kann, um die Integration der Migranten und einen gleichberechtigten Dialog zwischen den Zugewanderten und den Einheimischen zu fördern.

Einerseits ist es wichtig, die Freiheit der Kunst zu gewährleisten, sie nicht zu instrumentalisieren, um gesellschaftspolitische Defizite auszugleichen. Andererseits sind Künstler unsere Avantgarde, sind oft Vorbilder für neue Lebens- und Gestaltungsformen. Damit tragen auch sie eine Verantwortung.

Kulturveranstaltungen sind Treffpunkte für Menschen, die neugierig sind auf neue interessante Präsentationen. Sie bieten Begegnungen und Gesprächsanlässe. Sie können im gemeinsamen Erleben Brücken zwischen sich vorher noch fremden Menschen bauen. Somit wird auch von der Kulturpolitik zu Recht erwartet, dass auch sie zur Integration von Migranten beiträgt und entsprechende künstlerische interkulturelle Projekte gezielt unterstützt.

Wichtig und unverzichtbar sind Kontakte und Erlebnisse mit Kulturen durch Gastspiele von ausländischen Ensembles auf Theater- und Musikbühnen. Doch nicht weniger wichtig ist für eine Kulturpolitik die Gestaltung des Zusammenlebens von verschiedenen Kulturen vor Ort.

Die Hamburger Kulturpolitik fördert seit Jahren Hamburger Kulturinitiativen, Künstlerinnen und Künstler verschiedener kultureller Herkunft. Ziel war es bisher, ihnen zu ermöglichen, ihre kulturelle Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, ihre Kunst und Kultur öffentlich zu präsentieren und den gleichberechtigten Dialog der unterschiedlichen Kulturen zu stärken.

Kulturelle Identität beruht jedoch schon lange nicht mehr auf eindeutigen, ethnischen Zuordnungen und so genanntem landestypischen Brauchtum. Vielmehr werden die Menschen von der Vielzahl von kulturellen Erfahrungen und Begegnungen geprägt. Wolfgang Welsch formte dafür den Begriff der »Transkulturalität«.

Die internationalen Märkte und die neuen Medien tragen zur Auflösung der traditionellen Gefüge bei. In der Popmusik und im Jazz ist am deutlichsten zu erkennen, wie Einflüsse unterschiedlicher Kulturen immer wieder neue Stile bilden und ein internationales Publikum finden. Und das ist kein neues Phänomen. Wir entdeckten schon immer in vielen uns vertrauten Musikkompositionen Einflüsse verschiedenster Kulturen – denn schon immer schöpften deutsche, europäische und nordamerikanische Komponisten von Klassik bis Pop gern aus dem Repertoire der ganzen Welt.

Durch die neuen Mitbewohner können wir auch andere Erfahrungen machen: Wie verändert sich Kunst, wenn Künstler in einer neuen Umgebung leben? Welchen Einfluss behalten die Herkunftskulturen und welchen Einfluss bekommt das neue Lebensumfeld? Was verändert sich in der uns bekannten Kunst, wenn Migranten sie gestalten? Interpretiert zum Beispiel ein türkischer Regisseur unsere Klassiker anders?

Die *Kulturbehörde Hamburg* unterstützt diese spannenden kreativen Prozesse und die kulturelle Vielfalt, da unsere Stadt ihr ihre Lebendigkeit verdankt. Sie fördert daher die kulturellen Leistungen der in Hamburg lebenden Migranten zusätzlich durch ein eigenständiges Fachreferat und mit einem eigenen Haushaltstitel in Höhe von 283 000 € pro Jahr.

Sie trägt aber auch den neuen Entwicklungen Rechnung und hat jetzt den Schwerpunkt von der Förderung von Ausländerkultur mehr auf die Förderung von interkulturellen Projekten verlagert. Diese Förderung soll innovative gestalterische Formen ermöglichen, die durch verschiedene kulturelle Wurzeln entstehen. Als herausragendes Projekt hat sich daraus das interkulturelle Festival »eigenarten« entwickelt, das jährlich die von einer Jury ermittelten Highlights aller Sparten aus diesem Bereich präsentiert. Dabei zeigen interkulturelle Künstlerinnen und Künstler aus Hamburg nicht nur ihre eigenen »Arten«, sondern auch ihre Sichtweisen auf diese Gesellschaft. Sie halten uns dadurch einen Spiegel vor. Sie geben uns dazu die Chance, auch Autoren und Komponisten aus ihren Herkunftsländern kennen zu lernen.

Von einer erfolgreichen Integration der Zugewanderten kann aber erst dann die Rede sein, wenn die Chance zur Partizipation und Gestaltung für sie auf allen Ebenen gegeben ist.

Und auch hier zeigt sich in Hamburg die Internationalität der Kultur:

- Das *Hamburg Ballett* verdankt seine Erfolgsgeschichte dem Amerikaner John Neumeier.
- Durch die Besetzung der Leitung der *Kulturfabrik Kampnagel* mit der Kroatin Gordana Vnuk ist es gelungen, durch ihre interessante und abwechslungsreiche Mischung aus Eigenproduktionen und nationalen sowie internationalen Gastspielen den über Hamburg hinaus reichenden Ruf *Kampnagels* als international anerkannter Ort für Avantgarde-theater weiter zu festigen. Für die Sommerfestivals »Laokoon« verpflichtet Gordana Vnuk Festivalleiter, die aus anderen Kulturen kommen und allen Hamburgern authentische Theaterproduktionen anderer Nationalitäten nahe bringen.
- Die Kultursenatorin, Frau Dr. Dana Horáková, hat deutsch-tschechische Verfahren.
- Der neue Leiter des *Kunstvereins* in Hamburg, Herr Yilmaz Dziewior, hat polnisch-türkische Wurzeln.

Von einer vollständigen Integration kann jedoch erst dann die Rede sein, wenn auf allen gestalterischen und Kultur prägenden Ebenen und in allen Kulturinstitutionen Menschen mitwirken, deren eigene kulturelle Herkunft einen Spiegel der Gesellschaftsstruktur darstellt. Das wird auch in weiterer Zukunft ein Leitmotiv für die Hamburger Kulturpolitik sein.

Da es auch weiterhin neue Zuwanderungen geben wird, und die neuen Hamburger die verschiedenen Prozesse der Integrationsstufen durchwandern müssen, wird es auch weiterhin Aufgabe der Kulturpolitik bleiben, diese unterschiedlichen

INKA MANTHEY

künstlerischen Entwicklungsprozesse zu fördern. Denn nur wer sich mit seinen »Eigenarten« verstanden und angenommen fühlt, ist zu einer Integration bereit und fähig.

OLIVER SCHEYTT

## *Interkulturelle Kulturarbeit in Essen – eine Defizitanalyse*

Die Stadt Essen ist eine der wenigen Großstädte in Deutschland, die bereits seit den 1980er Jahren ein umfassendes »Konzept für die kulturelle Arbeit« entwickelt und in ihren Ratsgremien beschlossen hat. Motor des Prozesses innerhalb der Stadt waren die für Stadtentwicklung und für soziale Fragen zuständigen Akteure. Kulturdezernat und Kultureinrichtungen waren und haben sich daran kaum beteiligt.

Im Rückblick muss die fehlende Auseinandersetzung mit der Frage, wie und in welcher Form Kulturpolitik und Kulturarbeit an Entwicklung und Umsetzung des Konzepts für die interkulturelle Arbeit der Stadt Essen mitwirken könnten, als ein Defizit empfunden werden. Inzwischen ist das Defizit erkannt. Interkulturelle Fragestellungen spielen auch im Bereich der Kulturpolitik im engeren Sinne jenseits des 1999 aktualisierten und verabschiedeten Konzeptes nunmehr eine stärkere Rolle. Zudem hat sich die Einrichtung *Ethno Art Ruhr* entwickelt, die ganz wesentlich dazu beiträgt, dass in der Stadt die interkulturelle Herausforderung auch in Mitteln und Formen der Kulturarbeit angenommen wird.

Dieser Beitrag zeichnet zum einen den Weg der Arbeit am interkulturellen Handlungskonzept im Sinne einer »Defizitanalyse für Kulturpolitik« nach und skizziert zum zweiten *Ethno Art Ruhr* mit seinem beispielhaften Ansatz.

### *Der Weg zum interkulturellen Handlungskonzept in der Stadt Essen*

Im Jahr 1986 hat der *Rat der Stadt Essen* das »Handlungsprogramm zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen« beschlossen und damit Leitlinien für die städtischen Bemühungen zur Integration ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner festgelegt.

Mehr als 10 Jahre später wurden die damaligen Zielvorstellungen und Handlungsvorschläge überprüft, und es wurde ein neues Konzept für die Ausländerar-

beit in der Stadt erarbeitet. Die damit beauftragte Projektgruppe hat zunächst als Arbeitsgrundlage die Veröffentlichung »Informationen zur Lebenssituation nichtdeutscher Einwohnerinnen und Einwohner« erarbeitet (*Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung der Stadt Essen*, Band 93). Die weitere Bearbeitung des Konzeptes wurde als kooperativer Planungsprozess angelegt, gesteuert insbesondere von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit*. Von Beginn an wurden Vertreter aller in diesem Zusammenhang relevanten Institutionen an der Problemdefinition, der Zielfindung, der Entwicklung von Handlungsstrategien und deren Umsetzung beteiligt. Bei einer »Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung eines Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« im März 1997 beteiligten sich dementsprechend Akteure der kommunalen Migrationsarbeit und Migrationspolitik wie Vertreterinnen der Ratsparteien, des Ausländerbeirates, der relevanten Ämter und Behörden, von Wirtschaftsverbänden und aus der Wohnungswirtschaft, aus den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und der Wissenschaft.

Bei der Auftaktveranstaltung im Jahr 1997 wurden die wesentlichen Probleme aus Sicht der Betroffenen und der vertretenen Institutionen benannt und Verfahren zur Erarbeitung von Problemlösungen vereinbart. Sodann wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, die folgende Themenschwerpunkte bearbeitet haben:

- Beschäftigung, Berufsausbildung, Arbeitsmarkt,
- Elementarerziehung,
- Schule,
- Kinder- und Jugendarbeit,
- soziale Betreuung und Beratung,
- Wohnen, Wohnumfeld und Stadtteil,
- interkulturelle Konflikte,
- nichtdeutsche Jugendkriminalität.

Merkwürdigerweise sind schon zu dieser Auftaktveranstaltung die Akteure in der Kulturarbeit nicht dezidiert eingeladen worden. Dies mag seinen Grund auch darin haben, dass die wesentlichen Akteure aus dem sozialen und stadtentwicklungspolitischen Bereich den (traditionellen) Einrichtungen der Kulturarbeit wie Museen, Theatern, Musikschulen usw. kaum eine Entwicklungschance hinsichtlich dieses so wichtigen stadtpolitischen Handlungsfeldes zuweisen. In der Tat gibt es in all diesen Einrichtungen auch bundesweit nur wenige vereinzelte Ansätze interkultureller Arbeit, obwohl sowohl Kunst- und Kulturproduktionen als auch das Publikum längst interkulturell geprägt sind. Auch seitens der Kulturpolitik in Essen und der Führung des Kulturdezernates sowie der Essener Kultureinrichtungen sind diese Fragen in den 1990er Jahren weder intensiv noch strategisch diskutiert worden. Umso richtiger scheint es, dass nunmehr – auch durch die Initiativen der *Kulturpolitischen Gesellschaft* – diese Situation in Essen und auch andernorts überhaupt als eine Defizitlage eingeschätzt wird.

Insgesamt hat sich der dezentrale Planungsansatz indes bei der Konzeptentwicklung, die sich in den Jahren 1997 bis 1999 anschloss, bewährt. Er beinhaltetete

ein auf Kooperation und Konsens abzielendes Steuerungsverständnis. Die zentrale Projektgruppe wurde schließlich um Vertreterinnen und Vertreter aus den einzelnen Arbeitsgruppen erweitert, um den Informationsaustausch zwischen allen Beteiligten sicherzustellen und arbeitsgruppenübergreifende Querschnittsthemen zu diskutieren. Als wesentliches Querschnittsthema hat sich die interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung herausgeschält.

Denn in allen Arbeitsgruppen ist sehr deutlich geworden, dass alle mit Migranten befassten Dienststellen und auch andere Institutionen für Fragen der Interkulturalität zu öffnen und zu sensibilisieren sind, um so die Qualität der Arbeit für und mit Migranten zu steigern. Zu den vorgeschlagenen und inzwischen auch weitgehend umgesetzten Maßnahmen gehören die Einstellung bikultureller Fachkräfte, Fortbildungsangebote, Bereitstellung mehrsprachiger Informationen, eine verstärkte Sozialraumorientierung der interkulturellen Arbeit und die Vernetzung der beteiligten Akteure, auch mit dem Ziel, Partizipation und Bürgerbeteiligung zu stärken.

Im April 1999 hat der *Rat der Stadt Essen* sodann das umfassende »Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen« beschlossen, das in der Publikation *Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung* (Nr. 100) veröffentlicht ist. Auf rund 300 Seiten sind alle Analysen, Ergebnisse und Handlungsvorschläge zusammengefasst. Der Gesamtprozess ist zudem von der *Evangelischen Fachhochschule Bochum* im Rahmen einer Begleitforschung beobachtet, ausgewertet und kritisch reflektiert worden. Auch hierzu liegt eine Dokumentation vor.

Auch als Folge davon, dass schon bei der Ansprache der beteiligten Akteure der Kultursektor ausgeklammert blieb, haben trotz der umfassenden Aufgabenstellung und des integralen Arbeitsansatzes in dem Konzeptionsprozess die Kultureinrichtungen der Stadt Essen im engeren Sinne kaum mitgewirkt. Der Schwerpunkt des Konzeptes und der Handlungsvorschläge bezieht sich demzufolge auf die allgemeinen Lebensbedingungen, die soziale Situation und Bildungsfragen. Nach der Erarbeitung des umfassenden Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen ist deutlich geworden, dass auf diesem Feld im Bereich des Kulturdezernates noch ein Defizit besteht. Dieses lässt sich allerdings angesichts der Finanzlage nicht ohne weiteres durch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen beheben. Es bleibt nur der Weg über die Ausrichtung vorhandener Programme und Angebote auf interkulturelle Themen. Ein besonderer Schwerpunkt im interkulturellen Handlungskonzept ist inzwischen die Sprachförderung. Sozial- und Jugendverwaltung, Schulamt, Kindergärten und Schulen arbeiten eng im Rahmen eines von der *RAA/Büro für interkulturelle Arbeit* koordinierten Programms zusammen. Insgesamt wird hierfür ein Budget aus den unterschiedlichsten Finanztopfen in Höhe von annähernd 1 Million Euro eingesetzt. In der Kulturverwaltung existieren keine eigenen Finanzansätze für interkulturelle Arbeit, vielmehr werden interkulturelle Projekte aus allgemeinen Kulturfördermitteln unterstützt. Zudem werden aus Mitteln des Ausländerbeirates und des Sozialdezernates zahlreiche Aktionen und Projekte im Feld der Kultur von Migrantinnen

und Migranten bezuschusst. Es hat sich auch bewährt, bei der (ausnahmsweisen) Neueinstellung von Personal auch solche Kräfte zu gewinnen, die Migrationshintergrund haben, wie dies im *Museum Folkwang* bei der Besetzung einer Kuratorenstelle geschehen ist.

Zwar gibt es in Essen noch keine systematische, umfassende interkulturelle Kulturarbeit, doch haben die soziokulturellen Zentren *Zeche Carl* und *GREND* schon seit langem immer wieder Aktivitäten auf diesem Feld entfaltet. Aus diesem Zusammenhang ist mit kräftiger Unterstützung der Stadt und des Landes in letzter Zeit eine Institution neu entstanden, die mit ihrer Programmatik und Arbeitsweise völlig neue Wege interkultureller Kulturarbeit beschreitet und daher hier wegen ihres exemplarischen Charakters vorgestellt wird.

### *Ethno Art Ruhr*

*Ethno Art Ruhr* ist eine Institution interkultureller Kunst- und Kulturproduktion und ihrer Vermarktung, die seit über fünf Jahren sukzessive auf- und ausgebaut worden ist. *Ethno Art Ruhr* wird in den nächsten Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der Migrantenkultur leisten. Die Idee ist in einem Arbeitskreis der Städte Mülheim, Essen und Oberhausen entstanden, der sich der Entwicklung der Kulturwirtschaft widmete. Willi Overbeck, schon Begründer der *Zeche Carl*, hat dort von den besonderen künstlerischen und kulturellen Fähigkeiten der Migranten, insbesondere der zweiten Generation, berichtet. Das »Mix« ihrer kulturellen Prägung von Tradition und Moderne, Orient und Okzident und das Nebeneinander verschiedenster Kulturen und künstlerischer Produktions- und Erlebniswelten, das Willi Overbeck insbesondere im Essener Norden im Umfeld der *Zeche Carl* beobachtete, führte ihn zu der Überlegung, speziell für diese Formen des künstlerischen und kulturellen Ausdrucks eine Organisations- und Raumstruktur zu schaffen. Aus der Idee zu *Ethno Art Ruhr* wurde sodann ein Projekt der *Internationalen Bauausstellung IBA Emscherpark*. Nachdem sich ein Verein gegründet hatte, wurde im Stadtteil Katernberg auf einer der Zechanlagen von *Zollverein* ein geeignetes Gebäude gefunden am Rande des Gründerzentrums *Tripple Z*, in dem ansonsten junge Unternehmen unterschiedlichster Branchen angesiedelt sind. Von vorneherein war die Idee auf eine Mischung von öffentlichem Treffpunkt, Talentförderung, Professionalisierung, Produktion und Präsentation angelegt. Analog der Herkunftsgeschichte dieser Idee im *Arbeitskreis Kulturwirtschaft* geht es darum, Mischfinanzierungsformen aus kommerzieller Vermarktung, Disco und Gastronomie mit sozialen und bildungsgeleiteten Angeboten herzustellen. So besteht der zentrale Ansatz des Konzeptes darin, pädagogische interkulturelle Arbeits- und Denkansätze mit Möglichkeiten der wirtschaftlichen Verselbständigung zu verbinden. Wirtschaftliche Erträge werden zur Förderung junger Talente reinvestiert. Der Produktionsprozess ist verknüpft mit den Werkstattbereichen Musik, Artistik, Tanz, Theater, Gestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Vermarktung und Vermittlung. Lernen und Arbeiten, Aktion und Reflexi-

on bilden eine Einheit, bei der fähige, praxiserfahrene MusikerInnen, ArtistenInnen, TänzerInnen, GestalterInnen, TechnikerInnen und HandwerkerInnen ausgebildet werden und einen Arbeitsplatz finden.

So ist *Ethno Art Ruhr* etwa inzwischen ohne weiteres in der Lage, ein dreitägiges Bühnenprogramm im Rahmen des Stadtfestes »Essen.Original« mit eigenen Künstlern und Gruppen zu bestreiten. Zahlreiche Veranstalter in Essen und Region engagieren regelmäßig und zunehmend häufiger Protagonisten von *Ethno Art Ruhr*.

*Ethno Art Ruhr* organisiert seit dem Jahr 2000 den jährlich stattfindenden »Carnival der Culturen«, einen großen Umzug in Essen mit zahlreichen (interkulturellen) Gruppen aus Stadt und Region, aber auch von auswärts. Dieser wird durch Workshops an Schulen vorbereitet, so dass der Carnival auch vorlaufende und nachhaltige Wirkung entfaltet.

Im Gebäude von *Ethno Art Ruhr* hat sich mittlerweile eine der bedeutendsten CD-Produktions- und Vertriebsfirmen für Weltmusik, der *NRW-Vertrieb*, angesiedelt, wodurch sich erhebliche Chancen zur weiteren Professionalisierung und wirtschaftlichen Prosperität ergeben haben.

Das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt, dass Kulturpolitik, interkulturelle Arbeit und Arbeitsmarktpolitik sinnvoll und mit einem erheblichen gesellschaftlichen »Mehrfachnutzen« verknüpft werden können. Um diesen Weg weitergehen zu können, ist es erforderlich, die Themen Kultur, Interkulturalität und Kulturwirtschaft in bestehenden Programmen zur Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung zu verankern, aber auch spezifische Programme zu entwickeln. Künstlerinnen und Künstler mit Migrationshintergrund können durch Qualifizierungsmaßnahmen zur eigenwirtschaftlichen Betätigung qualifiziert werden. Sie sollten bei der Wahrnehmung von entsprechenden Förderprogrammen unterstützt und begleitet werden. Hilfreich wäre es, wenn auch die Bundesländer und die für Kulturwirtschaftsförderung zuständigen Institutionen diesen Sektor mit seinen besonderen Chancen begreifen und nutzen würden.

### *Schlussfolgerungen*

Die Defizitanalyse interkultureller Kulturpolitik hat am Beispiel der Stadt Essen deutlich gemacht, dass es dringend erforderlich ist, interkulturelle Handlungsansätze nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive anzustoßen, sondern sich von vornherein seitens der Kulturpolitik und der Kulturinstitutionen in das interkulturelle Handlungsfeld einzuschalten. Dabei reicht es nicht, Fördertöpfe für interkulturelle Aktivitäten einzurichten. Vielmehr gilt es, strategische Ziele zu formulieren, die alle Kulturakteure dazu bringen, auch interkulturelle Programme und Maßnahmen zu entfalten. Die für die interkulturelle Arbeit engagierten Institutionen und Personen sollten ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass auch der Kulturbereich mit seinen (traditionellen) Möglichkeiten zu beteiligen ist, um sich aktiv einbringen zu können. Kulturpolitik ihrerseits muss interkulturell reflektiert und fundiert werden. Spezifische interkulturell ausgerichtete Institu-

OLIVER  
SCHEYTT

tionen sind – wie das Beispiel *Ethno Art Ruhr* zeigt – in besonderer Weise geeignet, auch neue Chancen der interkulturellen Qualifizierung und kulturwirtschaftlichen Betätigung auszuschöpfen.

JÖRG STÜDEMANN

## *Multiethnische Stadtgesellschaft und Kulturpolitik in Dortmund*

### *Flüchtlinge, Migranten und Mr. Golam*

Mit dem freundlichsten Lächeln von Bangladesh sitzt er im Büro, Anfang Dreißig, sportlich gekleidet, einen Aktenkoffer mit Zahlenschloss sein eigen nennend. Er hat sich durch alle Flure und Etagen hindurch gefragt, um im besten Pidgin-Englisch vortragen zu können, dass er, Herr Golam Khair, der Blumenverkäufer, einen Roman geschrieben habe über sein Schicksal als politischer Flüchtling. »Believe me Sir, it's a true story!« Er habe das Manuskript mitgebracht, immerhin fast 200 Seiten handgeschrieben – und er brauche lediglich eine monatliche finanzielle Unterstützung von 250 € durch die Stadt Dortmund für ein bis zwei Jahre, dann könne er den Text fertig stellen und zur Drucklegung vorbereiten.

Unruhe kommt auf beim Gesprächspartner: Er weiß längst, politische Flüchtlinge, selbst die mit künstlerischer Begabung, werden leicht anstrengend, sie lassen sich als »Projekt« schlecht in die Arbeitsabläufe eines Kulturdezernates integrieren, und sie sind für den politischen Wahlbeamten nicht image-, geschweige denn karrierefördernd. In den zurückliegenden Monaten hatte der Kulturdezernent Begegnungen mit russisch-jüdischen Musikern, mit arabischen und afrikanischen Laienkünstlern, mit dem türkisch-islamisch dominierten Ausländerbeirat, mit einem indonesischen und einem stadtbekanntem kurdischen Kulturverein – alle auf der Suche nach finanziellen Förderungen für ihre Aktivitäten, auf der Suche ferner nach etwas Anerkennung und verwertbaren Kontakten zu den städtischen Kultureinrichtungen. Mangelnde Übung kann man ihm nicht vorhalten. Er schaut Herrn Golam Khair geistesabwesend an. Schon instinkthaft spielt der Kulturdezernent gedanklich sein Repertoire erprobter Abwehrreaktionen durch: »Das Ressort ist nicht zuständig. – Die kommunale Haushaltslage lässt keine finanzielle Hilfe zu, nicht einmal deutsche Kulturvereine haben da eine Chance. – Das klingt sehr interessant, schreiben Sie es doch auf! (An der deut-

schen Sprache scheitern die meisten.) – Wir haben so etwas Ähnliches schon mal unterstützt, aber diese Initiative oder dieses Projekt stieß auf keinerlei Interesse. – Oder drohend: Wir sind eine tolerante Gesellschaft, aber Ihr Vorhaben passt nun wirklich leider nicht in die Zeit, Sie könnten das in Ihrem Heimatland auch nicht durchsetzen.« Jedoch bevor er den angehenden Literaten aus Bangladesh abwimmeln kann, wird er Opfer der eigenen Neugier, möglicherweise Opfer auch der eigenen Eitelkeit, als Autorenentdecker reüssieren zu wollen. Verbirgt sich hinter Herrn Golam Khair vielleicht ein zweiter T. S. Naipul?

Erst allmählich soll sich herausstellen: Golam Khair, Absolvent eines Management-Studiums aus Dhakar, hat durchaus einen aufklärerischen Text verfasst, der die Wendungen einer Asylanterbiographie bis zur vogelfreien Existenz als Blumenverkäufer im Dortmunder Nachtleben eindringlich schildert. Das Material benötigte mehrere Überarbeitungen, ehe eine publikationswürdige Form entstände. Schwerer indes wiegt, dass der literarische Debütant sich nicht legal in Dortmund aufhält, nur Schwarzarbeit hat, um sich am Leben zu erhalten und eine Wuchermiete für ein bescheidenes möbliertes Zimmer entrichten zu können, ohne Krankenversicherung prompt erkrankt und überhaupt recht ratlos als Asylbewerber der persönlichen Zukunft entgegenseht. Es kommt, wie es kommen muss. Die Begegnungen von Asylbewerber und Dezernent fallen zeitraubender aus, als es sich der Dezernent zumuten möchte, und ergebnisloser, als es der Flüchtling ertragen kann. Der Kulturdezernent weiß zu wenig über Ausländerrecht und Migrationspolitiken, der Flüchtling hat keine Vorstellung von Macht und Funktionen der deutschen Kulturpolitik.

An diesem Vorgang lassen sich mehrere Sachverhalte exemplarisch verdeutlichen, die eine kulturpolitische Annäherung an die »multiethnische« Gesellschaft und an Kulturen mit Migrationshintergrund immer erschweren: Die Interaktionen von Kulturpolitik und politischen Flüchtlingen aus anderen Ländern oder die Interaktionen von Kulturpolitik und ArbeitsmigrantInnen funktionieren nicht so, wie es einfache Rollenzuschreibungen und wechselseitige Projektionen nahe legen. Als Handlungsgrundlage sind eigentlich weder ein vordergründiger Exotismus noch ein einfaches Bekenntnis zum Humanismus zulässig. Es treffen in der Begegnung von Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen ausländischer Herkunft in den meisten Fällen höchst unterschiedliche Kulturen und gesellschaftliche Hintergründe, mithin Verhaltenskonventionen aufeinander, oft auch divergierende Kulturauffassungen. In den religiösen oder politischen Konflikten vieler Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten erhalten kulturelle und künstlerische Äußerungen eindeutige ideologische Funktionen, deren strategische, machtpolitische Bedeutung unumstritten ist. Dieses Zuordnungsschema wird in das Exil mitgenommen, es wirkt nach. Ferner kann individuell – wie oben angedeutet – eine kulturelle Betätigung als ein Kommunikationsmittel eingesetzt werden, um primär politische, wirtschaftliche oder soziale Ziele zu erreichen. Da in der aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft selten Qualitätsurteile über fremde Kulturerzeugnisse sachgerecht abgegeben werden können, sind die Chancen für

den strategischen Einsatz von Beiträgen der Migrationskulturen hier hoch – zumal auch die Kulturen der Herkunftsländer und die kulturellen Äußerungen der Migrantengemeinschaften in komplexen Beziehungen zueinander stehen, was eine Beurteilung durch Außenstehende noch wagemutiger erscheinen lässt. Weiter ist das Zusammentreffen von Migrantengemeinschaften inklusive ihrer Kulturen untereinander und mit den Mehrheitskulturen im Aufnahmeland nicht konfliktfrei, von Statusunterschieden wie von politischen Ambitionen gleichermaßen geprägt. Und wenn jetzt noch die Fragen der sozialen Differenz und der jeweiligen außenpolitischen und migrationspolitischen Kontexte im Zusammentreffen von Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen aufgeworfen werden, ist un schwer zu erkennen, dass einfache kulturpolitische Orientierungen für die Phänomene der Interkulturalität und eine multiethnische Gesellschaft kaum zu entwerfen sind.

Es macht eben einen großen Unterschied, ob sich die Kulturpolitik, bereit zu Interaktion und Kulturaustausch, politischen Flüchtlingen oder den zahlenstarken Gemeinschaften der ArbeitsmigrantInnen zuwendet, ob sie sich gar auf Fusionskulturen, transitorische »crossover-Kulturgebilde« einlassen möchte, ob sie die Kreise der Eingebürgerten als Partner aufsucht, ob sie schließlich Begegnungen und Projekte für und mit Milieus türkischer oder griechischer, afrikanischer oder asiatischer, russischer, ukrainischer oder russisch-jüdischer etc. Provenienz organisiert. Schon fällt es schwer, den interkulturellen Dialog in seinem möglichen Facettenreichtum und seiner Komplexität überhaupt sprachlich zu fassen. Dabei war nicht zu entscheiden, ob alltagsnahe Kulturbereiche bis zur Folklore oder Kunstaustausch im engsten, d.h. exklusivsten Sinne als Begegnungsebene aufzusuchen sind. Und bisher wurde noch kein Wort über ästhetische, ethische und politische Ambitionen der kulturpolitischen Akteure in der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaft verloren.

So wenig wir der Tatsache ausweichen können, dass die Bundesrepublik zum Einwanderungsland aufgestiegen ist und wir adäquate politische Antworten für diesen Sachverhalt finden müssen, so wenig lässt sich in Abrede stellen, dass trotz der problematischen Vielschichtigkeit seiner sozialen und kulturellen Zusammenhänge die Gestaltung des kulturellen Dialogs im eigenen Land auf der kulturpolitischen Agenda steht. Sicher ist die Annäherung vor der eigenen Haustür an die Phänomene der Interkulturalität mitunter verstörender als der probate Kulturaustausch in den Weiten der globalisierten Welt – allerdings sind die Begegnungen in intimer Nähe erwiesenermaßen auch menschlich angenehmer, lehrreicher und bereichernder, immer aber unterhaltsamer. Mit diesem tröstlichen Appell ist indes beileibe keine Perspektive für kulturpolitisches Handeln entworfen. Dafür eignet sich als »anspruchloseste« Zielangabe denkbar das Bestreben, durch geeignete kulturpolitische Initiativen einen Beitrag zur sozialen Integration und zur Befriedung in unserem demokratisch verfassten Gemeinwesen leisten zu wollen – eine Position, die allenfalls eingeschränkt die kulturelle Dialogwilligkeit unter Beweis stellt, sich wohl eher als mutiger Integrationismus

überhebt. Ambitionierter erscheint dann schon das Bekenntnis zu Toleranz als Handlungsgrundlage, das als politisches Diktum nur wirksam bleibt, wenn es nicht im ästhetischen Genuss kultureller Differenz und bei einer umfassenden Relativierung der Werte verharrt. Ein postmoderner Ästhetizismus taugt für die kulturpolitische Annäherung an die multiethnischen Gegebenheiten unserer Stadtgesellschaften ebenso wenig wie schwärmerischer Exotismus oder die Selbstverpflichtung zur Nächstenliebe.

Zukunftstauglicher kann vom Toleranzgebot her abgeleitet das Plädoyer für eine Kultur der Anerkennung kultureller Differenz politische, mithin kulturpolitische Relevanz beanspruchen: Sollten nicht kulturelle Agenturen der Gesellschaft wie Kunst, Bildung, Wissenschaft und Religion vermittelnde Funktionen in sozialen Konflikten zwischen Aufnahmegesellschaft und MigrantInnen, die latent oder virulent immer vorhanden sind, einnehmen können, indem sie zur schrittweisen Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen beitragen und Formen gesellschaftlicher Teilhabe fördern? Diese Perspektive im Sinne Axel Honneths jedenfalls erschließt der Kulturpolitik Orientierungen für die praktische Auseinandersetzung mit den kulturellen Äußerungen von Migrantinnen und Migranten im gesellschaftlichen Kontext von Macht- und Durchsetzungsdisparitäten. Es ist im internationalen Maßstab zu beobachten, dass Migration als Massenerscheinung längst zu einem beherrschenden Thema vieler Gesellschaften avanciert ist. In Folge dessen werden wir dazu genötigt, darüber nachzudenken, wie weit wir neue Formen der Andersheit, der Fremdheit zu akzeptieren bereit sind.

Die Annäherung, auch die politisch-strukturelle Annäherung an MigrantInnen und damit Fremde ist keine einfache Angelegenheit, sie verlangt nach Lernbereitschaft und Selbstbefragung. Absichten und Motivationen als strukturierende Momente der Begegnung bedürfen der Offenlegung. Denn wie heißt es treffend bei Julia Kristeva: »Der Fremde, Figur des Hasses und des anderen, ist weder das romantische Opfer unserer heimischen Bequemlichkeit noch der Eindringling, der für alle Übel des Gemeinwesens die Verantwortung trägt. Er ist weder die kommende Offenbarung noch der direkte Gegner, den es auszulöschen gilt, um die Gruppe zu befrieden. Auf befremdliche Weise ist der Fremde in uns selbst: Er ist die verborgene Seite unserer Identität, der Raum, der unsere Bleibe zunichte macht, die Zeit, in der das Einverständnis und die Sympathie zugrunde gehen. Wenn wir ihn in uns erkennen, verhindern wir, dass wir ihn selbst verabscheuen.« (1990: 11)

Was aber ist mit dem Manuskript von Mr. Golam Khair zu veranstalten?

### *Dortmund – eine Stadt der Zu- und Einwanderung*

Die zurückliegenden 140 Jahre der Dortmunder Wirtschaft- und Sozialgeschichte sind ohne Migration und damit Zuwanderung von Fremden nicht vorstellbar: Im 19. Jahrhundert erlebt die Stadt den rasanten Aufstieg vom Ackerbau- und Handelsstädtchen mit kaum 5 000 Einwohnern zum Schwerindustriestandort mit ei-

ner Bevölkerung von über 200 000 Menschen. Den Arbeitskräftebedarf konnten die rasch wachsenden Industrien nur durch die Anwerbung von Umzugswilligen im Osten Deutschlands und später auch in Polen decken. Ende des 19. Jahrhunderts stammen lediglich noch zwei Drittel der Stadtbevölkerung aus Westfalen, der Rest ist zugewandert – vornehmlich aus dem Osten. 1905 arbeiten 95 000 Polen im Kohlebergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund, das ist ein Drittel der gesamten Belegschaft. Nicht anders verhielt es sich in der Eisen- und Stahlindustrie. Die nächsten großen Zuwanderungswellen werden im Dritten Reich durch die Zwangsarbeit ausgelöst, nach dem Zweiten Weltkrieg folgen die Flüchtlinge aus dem Osten Deutschlands und aus Polen, schließlich die »Gastarbeiter« der sechziger und siebziger Jahre. Seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verzeichnet Dortmund einen neuerlichen Wachstumsschub, bis die Stadt die Bevölkerungsstärke von 620 000 Personen überspringt. Auch die Arbeitsmigration der Nachkriegsjahre hat bekanntermaßen ihre regionalen Herkunftskonjunkturen. Den »Gastarbeitern« der ersten Stunde aus Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal und Griechenland folgten Migranten nach, die aus der Türkei, Nordafrika und Asien stammten. Dass im Laufe der zurückliegenden Jahre der Anteil derjenigen Migranten, die ihren Lebensmittelpunkt nach Dortmund verlegt haben, bereits in der dritten und vierten Generation mit der Familie in der Stadt ansässig sind, berechtigt zu der Aussage, aus der Zuwanderung sei eine Einwanderung geworden.

Heute leben in etwa 75 000 Menschen ausländischer Herkunft aus 160 Ländern in Dortmund, sie stellen damit annähernd 14 Prozent der Stadtbevölkerung. Die Hauptgruppe mit 28 000 Menschen bilden die Migranten türkischer Herkunft, es folgen Jugoslawen mit 4 000 Personen, Griechen in gleicher Anzahl, Italiener mit 3 300 Personen, Marokkaner und Polen in einer Stärke von je 3 200 Menschen, schließlich Portugiesen mit 1 900 und Spanier mit 1 200 Personen. Aus den übrigen EU-Staaten stammen 13 500 Menschen. Als eingebürgerte Migranten gehen die jüdischen Kontingentflüchtlinge aus Russland, etwa 3 000 Menschen, sowie Russlanddeutsche mit beinahe 10 000 Personen nicht in diese Statistik ein. Die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber beträgt 565 Personen aus 40 Herkunftsländern.

Die regionale Verteilung von Menschen ausländischer Herkunft im Stadtgebiet lässt eine überproportionale Ansiedlung in der Dortmunder Nordstadt, einem Bezirk mit 54 500 Einwohnern und nördlich vom Hauptbahnhof gelegen, erkennen. Hier wohnen immerhin 22 662 Menschen mit Migrationshintergrund, also 41,7 Prozent der Stadtbezirksbevölkerung. Die multiethnische Zusammensetzung im Gebiet geht einher mit einem hohen sozialen Problemdruck: hoher Arbeitslosigkeit, einer über dem Durchschnitt der Stadt liegenden Kriminalitätsrate, stark verbreitetem Drogenkonsum.

Genau in der Nordstadt, deren Sozialstruktur allerdings zu jener Zeit noch kleinbürgerlicher und westfälischer geprägt war, wurde 1909 die *Ballspielvereinigung Borussia*, das eigentlich »sinnstiftende« Sport- und Kulturinstitut der Stadt, gegründet. Es mag an der verbindenden Kraft des Fußballs, es mag an der über

140-jährigen Geschichte von Zu- und Einwanderung und der schnellen, Tradition und Herkunft negierenden Ähnlichkeit industrieproletarischer Lebensverhältnisse liegen, dass der Zuzug der Fremden in Dortmund überwiegend ohne dramatische soziale Spannungen erfolgte und bis heute erfolgt. Die harten Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau und in der Stahlindustrie haben Arbeitsmigranten und Einheimische über Jahrzehnte hinweg jenseits von Herkunftsfragen und kultureller Differenz geradezu zwangsläufig zueinander geführt – man war aufeinander schließlich in einem sehr existentiellen Sinne angewiesen. Nicht wenige in der Aufnahmegesellschaft waren zudem zur eigenen Beruhigung vom vorübergehenden Aufenthalt der Fremden überzeugt. Diese Beobachtungen sollen nicht ausblenden, dass sich ansonsten zwischen der städtischen Mehrheitsgesellschaft und den Migranten wenig Verbindendes fand, demnach Segregation an der Tagesordnung war und kein Migrant je in den Kreis des ortsansässig führenden Bürgertums vorgedrungen ist.

Erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts greifen Diskussionen über eine angemessene Beschulung von Kindern aus Migrantenfamilien und die gewünschten Integrationseffekte um sich. Jetzt werden auch unter den Gesichtspunkten von Stadtentwicklung und Städtebau Fragen der Migration debattiert, Themen wie soziale und kulturelle Entmischung oder Ghettobildung erörtert. Für die Nordstadt sorgen Entwicklungsprogramme der Stadterneuerung für eine beträchtliche Umgestaltung des Stadtraums. Begleitend entwirft die städtische Sozial- und Kulturpolitik eigene Projekte um das Migrationsthema, die allerdings einer politischen Verständigung und konzeptionellen Grundlegung im Rat der Stadt entbehren.

Bis heute fällt auf, dass zum einen in der Stadtgeschichtsschreibung und im städtischen Selbstverständnis die Themen Migration, Einwanderung und ihre sozialen wie kulturellen Implikationen ungeachtet ihrer tatsächlichen Relevanz nur eine sehr nachgeordnete Rolle spielen. Zum anderen ist eine politische Willensbildung zum Zusammenhang Aufnahmegesellschaft und Migration auf lokaler Ebene ausgeblieben, während die europäische Integration, die Ausrichtung der Städtepartnerschaften oder Kulturaustauschprojekte in der stets weltoffenen Stadt durchaus programmatisch verhandelt worden sind. Zum Komplex Migration haben sich Stadtverwaltung und kommunale Politik mit deutlichem Pragmatismus den Handlungserfordernissen gestellt. Diese Haltung und der sozial-kulturelle Kontext haben vermutlich ideologische Kontroversen von grundsätzlicher Natur glücklicher Weise nicht aufkeimen lassen.

Wie aber ordnet sich das Zusammenleben von städtischer Mehrheitsgesellschaft und Migranten künftig zueinander, nachdem die Industriearbeit ihren lebensprägenden Einfluss – das Dortmund der Gegenwart ist eine Dienstleistungsstadt – eingebüßt hat und sich auch in Migrantenfamilien Zukunftsentwürfe, verglichen mit der Vergangenheit, signifikant gewandelt haben? Wenn zu konzedieren ist, dass wir nicht mehr primär mit temporären Migrationerscheinungen konfrontiert werden, sondern Einwanderung zu bewältigen haben, dann dürfen

wir der Steuerung und Reflexion sozialer und kultureller Phänomene bei aller Be-  
grenztheit unserer Gestaltungskraft nicht mehr ausweichen.

### *Ubi bene, ibi patria*

Die Römer meinten, dass die Heimat dort sei, wo man sich wohl fühlte, wo es ei-  
nem gut erging. Diese Überzeugung könnte als Überschrift und Leitlinie herange-  
zogen werden für die verschiedenen Initiativen von Kulturpolitik, Stadtentwick-  
lung und Jugendhilfe in Dortmund, die Lebenssituation von Migrantinnen und  
Migranten in der Stadt zu verbessern. Dabei unterscheiden sich einzelne Phasen  
der Wahrnehmung von Migrantenkulturen in der Aufnahmegesellschaft deutlich  
voneinander.

#### *Phase 1:*

In den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts beeinflusst die Idee der europäi-  
schen Integration und des europäischen Kulturaustausches die Dortmunder Kul-  
turpolitik in Praxis wie Programmatik. Die Stadt arbeitet eng mit der *Auslandsge-  
sellschaft*, damals *Rheinisch-Westfälische Auslandsgesellschaft*, zusammen, befördert  
ihre Aktivitäten und entwickelt etliche Kulturkontakte über diese Kommunika-  
tionsschiene. Vom gleichen Geist getragen, nämlich einen Beitrag zur Völkerver-  
ständigung und zum Kulturaustausch in Europa leisten zu wollen, werden Städ-  
tepartnerschaften mit Amiens und Leeds geschlossen, später in den siebziger und  
achtziger Jahren sollen Partnerschaftsabkommen mit Rostow am Don, Buffalo  
(USA), Netanya in Israel und dem jugoslawischen Novi Sad folgen, zuletzt eine  
Städtepartnerschaft mit Xian. Die »Auslandskulturtag« als ein im Zweijahres-  
rhythmus wiederkehrendes internationales Festival erleben ihre Gründung, heu-  
te fortgeführt als »Internationale Kulturtag«. Obwohl die genannten Aktivitä-  
ten und Einrichtungen nicht auf die sozial- oder kulturpolitische Bearbeitung des  
Komplexes Arbeitsmigration/Migration gemünzt waren, eröffneten sie vielfach  
die Gelegenheit, frühe Begegnungen mit den Migrationskulturen in der Stadt zu  
stiften. Wo es sich anbot, wurden kulturelle Akteure aus dem Umfeld der Arbeits-  
migranten, insbesondere mediterraner Herkunft, in die kulturellen Austausch-  
programme einbezogen. Diese Art des Kulturaustausches war in der Zeit außerge-  
wöhnlich, politisch couragiert und verdienstvoll.

#### *Phase 2:*

Die siebziger und achtziger Jahre sind die Boomjahre der Zuwanderung aus dem  
Ausland bei hoher Fluktuation in der ethnischen Zusammensetzung der Migran-  
tengruppen und rasant kletternden Asylbewerberzahlen. Die »Ausländerpolitik«  
experimentiert: Ausländerbeiräte als lokale oder regionale Interessenvertretun-  
gen werden ins Leben gerufen, Flüchtlingsräte konstituieren sich, Ombudsfunk-  
tionen werden installiert. »Wochen des ausländischen Mitbürgers« haben Kon-  
junktur. Die Bildungspolitik schwankt zwischen Integrationsförderung und För-  
derung der Muttersprachlichkeit.

Um die Lebensqualität in der Dortmunder Nordstadt zu heben, werden in dieser Zeit systematisch Kultureinrichtungen angesiedelt: das *Naturkundemuseum*, das *Bürger- und Begegnungszentrum Dietrich-Keuning-Haus*, später die städtische *Musikschule*. Danach folgen weitere Begegnungseinrichtungen bis zum groß dimensionierten *Kulturzentrum Depot*, einem umgenutzten Straßenbahndepot an der Immermannstraße. Dank umfangreicher Sanierungsprogramme der Stadterneuerung verändert die Nordstadt seit den achtziger Jahren allmählich ihr Gesicht, sie erhält das Image eines vitalen, ethnisch gemischten und bunten Stadtbezirks. Diese Projekte zur Reurbanisierung liegen im Trend der Zeit. Es herrscht das Verständnis vor, Kulturpolitik habe die gesellschaftspolitische Aufgabe, Demokratisierung zu fördern und kulturelle Benachteiligungen auszugleichen. Von spektakulärer Qualität in der Nordstadt war der Ausbau des *Dietrich-Keuning-Hauses* mit angegliederter Eisbahn und integriertem Schwimmbad. Das Vorhaben wurde von Anfang an mit Funktionen für den Kulturaustausch vor Ort bedacht, denn als Ziele der verräumlichten Stadtteilkulturarbeit standen im Katalog unter anderem:

- die Förderung der kulturellen Vielfalt und des Freizeitwertes des Stadtbezirks,
- die Kommunikation, die Kooperation und Beteiligung von Menschen und Gruppierungen verschiedener Generationen und Kulturen im Stadtbezirk,
- die Förderung des Verständnisses verschiedener Generationen und Kulturen.

Seit 1982 operiert das *Dietrich-Keuning-Haus* im Stadtbezirk als Anlaufpunkt und Veranstaltungsort für Vereine, Verbände und Gruppierungen aller Art und ethnischer Zugehörigkeit, mit einem umfangreichen, interkulturell ausgerichteten Programmangebot erreicht es alle Bevölkerungskreise des Stadtteils. Außerdem sorgt das zugehörige Jugendzentrum für die durchgängige Konfrontation mit neuen ästhetischen Mustern der nachwachsenden Generationen – eine Auseinandersetzung, die auch in sozialer und politischer Hinsicht zur Stellungnahme auffordert.

Neben die öffentlich initiierten Projekte treten erfolgreich geführte Einrichtungen der Selbstorganisation. Verschiedene Migrantengruppen gründen und betreiben eigene Begegnungszentren, oft weltanschaulich oder religiös eindeutig orientiert. Die städtische Gastronomie wird farbiger, weil mediterrane und orientalische Küchen beginnen das Sortiment zu erweitern. Die Dortmunder erproben die Speisen der Zugereisten.

Die kommunale Kultur-, Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik der siebziger und achtziger Jahre in Dortmund setzt auf die Ausweitung kultureller Betätigungs- und Beteiligungschancen für die Mehrheit der Bevölkerung und auf die Rückgewinnung urbaner Qualitäten in Vorstädten und Vororten. In dieses umfangreiche, dezentral ausgelegte und wirkungsvolle Projekt einer sozialkulturellen Animation auf gesamtstädtischer Ebene sind die »Gastarbeiter«, dann »Ausländerinnen und Ausländer«, darauf die »ausländischen Mitbürger« – die Semantik verrät den Grad zugelassener Nähe und den Status der Benannten – integriert:

auf Stadtteilstellen, bei Folkoreveranstaltungen, im Kontext soziokultureller Praxis soll die kulturelle Benachteiligung der Migrationskulturen im Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft einen Ausgleich finden. Das Kompensationsparadigma beherrscht das Geschehen, aber auch das Bedürfnis nach exotischen Inspirationen.

*Phase 3:*

Seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist klar, welche Migranten und welche Kulturen mit Migrationshintergrund dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die Ausländerpolitik schwenkt auf Zuzugsbeschränkungen um, auf Restriktionen in der Asylpolitik. Der Bevölkerungsanteil ausländischer Herkunft stabilisiert sich in der zweiten und dritten Generation der Zugezogenen bei fast 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung. In den Migrationsgemeinschaften überwiegen türkisch-islamische Einwanderer, gefolgt von EU-internen Wanderungsbewegungen. Als neue Erscheinung darf die Aufnahme russisch-deutscher und jüdisch-russischer Migranten gewertet werden. Wenn man nach den dominierenden Trends schaut, kann in der Migrations- und Bildungspolitik der Wechsel von Modellen der Koexistenz und benachteiligungskompensierenden Konvergenz zu Forderungen nach konsequenter Integration festgehalten werden. Die Einwanderung avanciert zur Einbürgerung. Die Aufnahmegesellschaft und die Migranten schließen im Großen wie im Kleinen Integrationsverträge als Ergebnis eines Verhandlungsprozesses und der Einsicht in das Faktische der sozialen Realitäten. Man weiß beispielsweise: der schulische Erfolg der Kinder aus Migrationsfamilien hängt von der Beherrschung der deutschen Sprache ab – diese gilt es fortan intensiv zu fördern.

Integration lautet nunmehr auch die Generalüberschrift der städtischen Kultur- und Stadtentwicklungspolitik für die Auseinandersetzung mit den Migranten in ihrer Mehrheit. Das lässt sich anhand zahlreicher Beispiele dokumentieren. Die Förderung »ausländischer« Kultur- und Sportvereine wird aus den Sonderzuständigkeiten des Ausländerbeirates zurückgeführt in die allgemeine kommunale Kultur- und Sportförderung. Die außerschulischen Bildungseinrichtungen öffnen sich für Nachfrage und Bedarf aus den Migrationsgemeinschaften: vom Sprach- bis zum Computerkurs, vom Training zum Umgang mit der deutschen Bürokratie bis zur Vorbereitung eigener Unternehmensgründungen. Die Dortmunder »Auslandskulturtag« haben sich längst zu einem internationalen Kunstfest gewandelt. Im *Dietrich-Keuning-Haus* und vielen anderen Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft begegnen sich Nachwuchskünstlerinnen und -künstler mit und ohne Migrationshintergrund bei Experimenten, die entweder die universellen ästhetischen Codes der Popkultur zur Grundlage haben oder bewusst auf die Fusion der ästhetischen Muster von Aufnahme- und Migrationskulturen abheben. Nicht immer führen die Bewegungen zwischen Distanz und Nähe, zwischen Abschottung und Öffnung zu Verständnis und gegenseitiger Achtung, aber die ernsthafte Wahrnehmung des Anderen ist garantiert.

Als eine besondere Herausforderung erweist sich der Versuch, Beiträge der Migrationskulturen und der Künste aus den jeweiligen Herkunftsländern in die eta-

blierten städtischen Kultureinrichtungen einziehen zu lassen. Erst wenn dieser Schritt als Selbstverständlichkeit anerkannt wird, wenn die entsprechenden künstlerischen Äußerungen kompetent im Diskurs der Künste verhandelt werden, ist der soziale Aufstieg der Kulturen mit Migrationshintergrund bewältigt.

Das tiefgreifendste Projekt allerdings zur kulturellen und sozialen Integration der Migranten in Dortmund hat vor drei Jahren die kommunale Stadtplanung gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung eingeläutet. Unter dem Titel »Urban II – Operationelles Programm für den Stadtteil Dortmund-Nordstadt« wurde mit Fördermitteln der Europäischen Union ein Entwicklungsvorhaben gestartet, das Verfahren des Quartiersmanagements, der gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit mit einer Hebung der Kultur-, Umwelt- und Freizeitqualitäten im Stadtgebiet und einer zielgerichteten Förderung lokaler Ökonomien verbindet. Schon im Zustand der Projektentwicklung sind Migrantengemeinschaften aktiv einbezogen gewesen, in der Projektdurchführung gilt dies noch stärker. Insbesondere die Förderung ethnischer Ökonomien, türkischer und griechischer Unternehmerverbände, der Aufbau von Begegnungsorten und die Verbesserung der Schulsituation verdienen hier genannt zu werden.

Wir sind auf dem Weg zu einer Kultur der Anerkennung kultureller Differenz, sobald die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft und die Migrationsgemeinschaften sowie die sozialen und kulturellen Milieus mit Migrationshintergrund in einen gewaltfreien Aushandlungsprozess über die gemeinsame gesellschaftliche Zukunft eintreten. Dass dieses Unterfangen ergebnisoffen bleibt, sollte uns nicht entmutigen.

### *Epilog*

Mr. Golam Khair schreibt: »What is going on in my life? I got some problems in Bangladesh. That's why I came to Germany, where here are hundred thousands of problems – sometimes facing with the German people, sometimes facing with the Bangladesh people. It's a peculiar life I'm leading. Oh my God, what is my fault, tell me.« (S. 114)

## *Literatur*

Honneth, Axel (1993): *Kampf um Anerkennung. Zur Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main

Kristeva, Julia (1990): *Fremde sind wir uns selbst*, Frankfurt am Main

Khair, Golam (2002): *The Flowerseller* (unveröffentlichtes Manuskript), Dortmund

Luntowski, Gustav u. a. (1994): *Geschichte des Stadt Dortmund*, Dortmund

IRIS MAGDOWSKI

## *Zum Beispiel Stuttgart. Von der Normalität interkulturellen Zusammenlebens*

### *I.*

Das Konzept »Interkultur« ist ins Hintertreffen geraten. War das interkulturelle Zusammenleben bis vor wenigen Jahren noch eine Zukunftsvision vor allem der kommunalen Politik, macht sich Ernüchterung, ja Enttäuschung breit. Dies kommt insofern überraschend, als die Ausgangsbedingungen für eine interkulturelle Zielperspektive nicht zuletzt der Kulturpolitik vielleicht noch nie so günstig waren wie derzeit. Die Attentate vom 11. September 2001 haben schlagartig bewusst gemacht, wie prekär das Verhältnis zwischen dem Westen einerseits und dem Islam andererseits ist. Ein lange schwelender Konflikt ist im Terror eskaliert. Nunmehr führt der Westen einen »Krieg gegen den Terrorismus«. Es ist der Part der Kultur, daran zu erinnern, dass letztlich nur ein Dialog der Kulturen angestautes Konfliktpotential abzubauen vermag. Militärische Gegenschläge lösen das Problem nicht, so berechtigt sie sein mögen.

In dieser Überzeugung liegt der Hauptgrund, warum seit der Eskalation religiös-politisch motivierter Gewalt zahlreiche Abhandlungen und Bücher erschienen sind, die nach Verständigung und Mäßigung, nach Dialogbereitschaft und Toleranz rufen. Unlängst hat der italienische Literaturwissenschaftler Claudio Magris eine Sammlung von Essays aus den vergangenen fünf bis zehn Jahren veröffentlicht. In einem Text findet sich eine prägnante Umschreibung dessen, was Interkulturalität heute ausmachen könnte. »Kultur bedeutet immer, im Großen zu denken und zu empfinden, über die Verschiedenheiten hinaus das Gefühl der Einheit zu haben, sich bewusst zu machen, dass die Liebe zu der Landschaft, die man vom eigenen Fenster aus sieht, nur lebendig ist, wenn sie sich dem Vergleich mit der Welt öffnet. Wenn sie sich unmittelbar in eine größere

Wirklichkeit einfügt, so wie die Welle ins Meer und der Baum in den Wald.« (Magris 2002: 83)

Von anderer Seite nähert sich der Berliner Rechtswissenschaftler Ulrich K. Preuß in seinem neuesten Buch über »Krieg, Verbrechen, Blasphemie« dem Thema. Preuß ruft zu Toleranz gegenüber dem Anderen auf, wobei er eine ganz spezifische Form von Toleranz meint. »Toleranz umschließt ein breites Spektrum von Haltungen: Sie kann von der schmerzreich – passiven Duldung über das missmutige Ertragen und die stoische Langmut bis hin zur verständnisbereiten Anerkennung, ja zum liebenden Begreifen des Anderen und der fremden Lebensweise reichen.« (Preuß 2002: 138 f.) Preuß favorisiert diese letzte Form von Toleranz: Toleranz im Sinne einer aktiven Anteilnahme, einer »liebenden« Anerkennung des Anderen.

Magris Definition von Kultur, im Großen zu denken und zu empfinden, und Preuß' Plädoyer für eine Toleranz im Sinne einer verständigungsorientierten Anerkennung umschreiben prägnant, wie eine Politik der Interkulturalität für die Zukunft aussehen könnte. Sie umschreiben überdies, in welchem Sinne der Gedanke der Interkultur in Stuttgart seit rund einem Jahrzehnt traktiert wird.

## II.

Interkultur ist in Stuttgart nie zum Fetisch erklärt worden. Interkultur ist bis heute keine explizit formulierte Zielperspektive von Politik. Diese geht vielmehr pragmatisch an die Thematik heran. Interkulturelles Zusammenleben existiert in Stuttgart immer schon, ohne ideologisch verklärt zu sein. Seit Beginn der siebziger Jahre, als die ersten Zuwanderer nach Stuttgart kamen, ist das Neben- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen eine Selbstverständlichkeit, die keines theoretischen Überbaus bedarf. Im Gegensatz zu anderen Großstädten in Deutschland, zum Beispiel Frankfurt am Main, oder im europäischen Ausland zum Beispiel Amsterdam, hat es in Stuttgart keine ideologisch geführte Diskussion über die Integration von Zuwanderern und Ausländern gegeben. Immer schon sind die Schwaben dieses Thema mit jener »Gelassenheit« angegangen, wie sie der Badener Martin Heidegger in seiner Philosophie propagiert hat. Während auf nationaler Ebene nach wie vor die Diskussion geführt wird, ob unsere modernen Gesellschaften Zuwanderungsgesellschaften sind, wird in Stuttgart Zuwanderung seit langem als Normalität und vor allem: als kulturelle Bereicherung betrachtet. Zuwanderer sind nicht nur ein materieller, sie sind ein kultureller Gewinn. Das kulturelle Leben wäre nur halb so bunt, nur halb so abwechslungsreich und ungewöhnlich, würden es jene 166 Nationalitäten, die in Stuttgart leben, nicht maßgeblich mitprägen. Gerade in einer Stadt, der eine pietistische Strenge nachgesagt wird, sind es die Ausländer, die Buntheit ins tägliche Leben bringen.

Nun mag die Feststellung von der Interkulturalität als Normalität insofern überraschen, als die Bedingungen dafür, historisch betrachtet, eher ungünstig sind. Heinrich Heine hat einst, in heilloser Übertreibung, die Biederkeit der

Schwaben angeprangert. Er spricht von der »Winkelseeligkeit«, der »Verhocktheit«, der »stolzen Biederkeit« und des »biedereren Stolzes« der Schwaben (vgl. Bausinger 1997: 17 ff.). Für unseren Zusammenhang interessant ist der Roman »Auch Einer«, in dem der Schriftsteller Friedrich Theodor Vischer die Zurückhaltung der Schwaben pointiert und eine gewisse Fremdenschau, ein »Fremdeln«, feststellt. Die Ursachen sieht der Schriftsteller darin, dass die Schwaben mit ihrer Hauptstadt Stuttgart lange vom großen Verkehr, von der Welt ausgeschlossen gewesen sind.

Über Stuttgart heißt es in Vischers Roman: »Hauptstadt in einem Kessel, können nicht oben hinausgucken.« Gleichwohl brachte diese Stadt einen Schiller, einen Mörike, einen Gottlieb Daimler und Ferdinand Porsche und nicht zuletzt den philosophischen Systemdenker schlechthin, Hegel, hervor. Nun findet sich in Vischers Roman allerdings ein Kompliment an die Adresse der Schwaben. Ein Hinweis darauf, dass diese Spezies immer für eine Überraschung gut sind. »Summa: Völklein schwer zu begreifen; Gutes und Schlimmes verknäuelte wie kaum irgendwo.« (Zitate bei Bausinger 1997)

Gewiss, aus solchen Schwabenbildern der problematischen Gattung der Stammescharakteristik lassen sich keine grundsätzlichen Aussagen zur politischen Kultur im Südwesten und in Stuttgart konstruieren. Doch gesteht man diesen romanhaften Sittengemälden wenigstens eine gewisse Aussagekraft zu, so hätte die Integration von Fremden und Ausländern gerade im Südwesten beziehungsweise in der Landeshauptstadt Stuttgart besonders schwierig sein müssen. Jedoch: das Gegenteil ist der Fall. Die Schwaben sind zwar sehr arbeitsam und eher zurückhaltend, doch auf der anderen Seite haben sie den Toleranzgedanken verinnerlicht wie nur selten. Aus gutem Grund ist der Liberalismus im deutschen Südwesten entstanden, ein liberales Bewusstsein, dass dem Fremden und den Fremden seit jeher aufgeschlossen gegenüber steht.

Die Normalität interkulturellen Zusammenlebens hat freilich auch soziologische Ursachen. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat sich unlängst in der Presse zur Überraschung vieler gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union ausgesprochen. Der Islam sei eine Weltreligion in Gestalt eines militanten Monotheismus, der seine Herkunft aus der Welt kriegerischer arabischer Nomadenstämme nicht verleugnen könne. Was die Bundesrepublik angeht, so habe diese kein Ausländerproblem, sie habe ein Türkenproblem. Apodiktisch hält Wehler fest: Die muslimische Diaspora ist nicht integrierbar. (*Die Zeit*, September 2002, Nr. 38)

Über den Bewusstseinswandel eines ehemals linken Historikers soll hier nicht spekuliert werden; wichtig ist der Hinweis, dass die Bandbreite der Nationalitäten von zugewanderten Menschen Auswirkungen auf ihre Integrierbarkeit hat. Im Gegensatz zu Hamburg, Berlin oder dem Ruhrgebiet entstammen die Zuwanderer in Stuttgart aus vielen unterschiedlichen Ländern; es gibt mehrere, quantitativ starke Nationalitätengruppen, keine dieser Gruppen jedoch ist dominant. In Stuttgart leben 23,8 Prozent Ausländer. Die Landeshauptstadt nimmt damit im

Großstadtvergleich hinter Frankfurt am Main mit 27,8 Prozent den zweiten Platz ein (Statistisches Amt der Stadt Stuttgart). Neben den Einwohnern mit deutscher Staatsangehörigkeit (453 000) stellen Staatsangehörige der Türkei (25 000), Griechenlands (16 000), Italiens (15 000), Restjugoslawiens (14 000) und Kroatiens (14 000) die zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppen. In Stuttgart leben 166 Nationen, darunter 1 600 Menschen aus den USA und Kanada, 65 Argentinier und 458 Brasilianer. Wie in anderen Städten ist die Ausländerzahl in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. 1955 waren es lediglich 10 000 Ausländer, inzwischen sind es 130 000 bei 450 000 Deutschen. Allerdings ist seit ungefähr zehn Jahren die Zahl der Ausländer weit gehend konstant.

Dass keine ausländische Bevölkerungsgruppe dominiert, führt zu einer großen Vielfalt. Hinzu kommt, dass keine Ghettoisierung von ausländischen Mitbürgern zu beobachten ist; es gibt weder türkische noch kroatische oder griechische »Viertel«. Integration setzt bereits zu einem frühen Zeitpunkt, im Kindergarten und in der Schule, ein. Der Dialog der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ist das Ziel einer behutsam vorgehenden Politik der interkulturellen Verständigung. Es sind die relativ günstigen sozialstrukturellen Voraussetzungen sowie parteienübergreifende Initiativen, die dazu geführt haben, dass in Stuttgart jene Spannungen und Konflikte zwischen Einheimischen und Zugewanderten ausgeblieben sind, wie sie in anderen Großstädten zu beobachten sind.

Unlängst hat der *Gemeinderat* der Landeshauptstadt ein »Bündnis für Integration« ins Leben gerufen. Eine der Leitsätze in dem Konzept lautet: »Das Bild von Stuttgart in der Welt hängt sehr eng damit zusammen, wie wir mit der Welt in Stuttgart umgehen.« (Stabsabteilung für Integrationspolitik 2002: 5) Die Politik hat sich auf den Toleranzgedanken verpflichtet. Der nach wie vor festzustellende materielle Wohlstand in der Landeshauptstadt mit einer Arbeitslosenquote von 5,4 Prozent (bei Ausländern allerdings doppelt so hoch) führt dazu, dass keine materiellen Konflikte entstehen.

Eine zentrale Rolle spielt die Kultur. In der Kultur treffen sich In- und Ausländer. Konkurrenzdenken spielt nur eine untergeordnete Rolle. In der Kultur wird verständigungsorientiertes Handeln eingeübt. Stuttgart profitiert von der kulturellen Vermittlungsarbeit vieler Einrichtungen. In der Landeshauptstadt residieren das französische, das italienische und das ungarische Kulturinstitut sowie das *Byrnes-Institut*. Das *Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)* ist eine weitere Einrichtung, die sich dem interkulturellen Dialog verschrieben hat. Eine besondere, die integrative Wirkung von Kultur nutzende Einrichtung ist das *Forum der Kulturen*, das sich als Dachverband aller nichtdeutschen Kulturvereine und interkulturellen Einrichtungen versteht. Um das deutsch-türkische Miteinander im Speziellen kümmert sich das *Deutsch-Türkische Forum*.

All diese Einrichtungen werden von der Stadt, vergleichsweise großzügig, finanziell unterstützt. Sowohl das *Deutsch-Türkische Forum* als auch das *Forum der Kulturen* erhalten Projektmittel. Im Doppelhaushalt 2002/2003 stehen pro Jahr Gelder in Höhe von rund 220 000 € zur Verfügung.

### III.

Entscheidender als die materielle Unterstützung sind jedoch die ideellen Voraussetzungen für ein interkulturelles Zusammenleben. Toleranz ist das eine, Anpassungsbereitschaft das andere. Toleranz bedeutet jedoch nicht, Grundwerte zur Disposition zu stellen. Die Menschen- und Bürgerrechte, der Verzicht auf Gewalt sind unabdingbare Voraussetzungen unserer demokratisch verfassten Gesellschaft. Das gilt auch für die verfassungsrechtlich garantierte Gleichheit von Mann und Frau. Diskriminierungen von Frauen sind in unserer Gesellschaft auch dann nicht legitim, wenn sie religiös motiviert sind.

Das Idealbild eines spannungs- und konfliktfreien Zusammenlebens aller Menschen ist sympathisch, doch taugt es lediglich als regulative Idee. Die Wirklichkeit schlägt der Theorie immer ein Schnippchen. Pragmatismus ist viel versprechender. Diesen Weg sucht Stuttgart, bislang recht erfolgreich, zu gehen.

*Zum Beispiel  
Stuttgart.  
Von der Normalität  
interkulturellen  
Zusammenlebens*

## Literatur

Bausinger, Hermann (1997): »Zur politischen Kultur Baden-Württembergs«, in: Wehling, Hans-Georg: *Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde*, Stuttgart, S. 14-42

Magris, Claudio (2002): *Utopie und Entzauberung. Geschichte, Hoffnungen und Illusionen der Moderne*, München

Preuß, Ulrich K. (2002): *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Berlin

Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hrsg.) (2002): *Ein Bündnis für Integration. Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart*, Stuttgart

